FEBRUAR 2004

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

58.(73.) JAHRGANG

STANDPUNKT
Das neue Schulgesetz
SEITE 3

TITEL
Was wird aus der Berliner Schule?
SEITE 5

Soziale Brennpunkte und Schule
SEITE 14

GLOSSE
Im Casting-Fieber
SEITE 17

Aktiv gegen Sozial- und Bildungsabbau
SEITE 18

Was wird aus der Berliner Schule?

FOTO: VEIT METTE

ÜBRIGENS

Groß war der Jubel über das neue Schulgesetz in der blz-Redaktion nicht. Sieben magere Jahre haben wir die Diskussion begleitet und dokumentiert. Zum Schluss bewegte sich nichts mehr. Wertung: nicht zukunftsfähig! Bis alle Geburtsfehler behoben sind, wird es noch einmal sieben Jahre dauern. Wir dokumentieren weiter und fragen im Titel: Was wird aus der Berliner Schule?

Es wurden nur 32 blz-Seiten. Das gab's lange nicht. Der ursprünglich geplante Schwerpunkt „Fortbildung" kommt später. Sonst mussten sich wohl viele AutorInnen vom bildungspolitisch so schlechten Berliner 2003 erholen.

Warum ruft niemand „Schluss mit dem Unsinn – wir haben wichtigere Aufgaben"? Wie im vergangenen Jahr mit den Ferienpräsenztagen hat die Bildungsverwaltung mit den Ausgleichstagen für beamtete LehrerInnen wieder einen Idiotenknallfrosch abgefeuert. Der wird nun Monate hin und her springen und von Wichtigerem ablenken. Absicht?

pit

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin

ISSN 0944-3207 1/2004: 23.000

INHALT

3-4 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig

TITEL

5 Was wird aus der Berliner Schule? Klaus Meißner

SCHULE

8 Die Mama zu Hause war das Ideal Dorothee Nolte
10 Verstrahlte Zukunft Siegfried Schwarzmüller
12 Service Learning Joachim Syska
13 Kollektive Fehlsichtigkeit Almuth Klemm
14 Wenn's brennt LDV

GLOSSE

17 Im Casting-Fieber Gabriele Frydrych

GEWERKSCHAFT

18 Die Zeit der einvernehmlichen Verhandlungen ist vorbei Ulrich Thöne
19 Zwei Bündnisse für ein Ziel Hartmut Schurig
20 Selbstverständnis der GEW GEW Betriebsgruppe
20 Reinhart Behr ist tot Michael Retzlaff

RECHT & TARIF

21 Chaos hoch drei Ilse Schaad
22 Weitere Kürzungen in der Beihilfe Ilse Schaad

TENDENZEN

25 Wem würdest du ein Denkmal setzen? Gabriele Frydrych
26 Verhinderung des Bombodroms AG Friedenserziehung

SERVICE

23 Schule des Lebens Ursula Kohler
27 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

LEUTE

Tom Stryck hat laut *Tagesspiegel* nichts dagegen, wenn man ihn als „Vater des Berliner Schulgesetzes“ bezeichnet – über die Mutter schweigt er sich allerdings aus. Er gibt aber zu, dass es während der langen Schwangerschaft von immerhin sieben Jahren ab und zu „Motivationskrisen“ gab. Kein Wunder, dass er und sein Dienstherr auf nix und niemand mehr hören wollten und autokratisch entschieden: Das Kind muss kommen! Zwar keine demokratisch einwandfreie Geburt, aber nach Meinung von Stryck eine juristisch standhafte – immerhin war ein „brillanter Jurist“ als Geburtshelfer dabei! Statt Zukunftsfähigkeit also Klage-Resistenz.

Gerhard Schmid, leitender Schulrat in Kreuzberg-Friedrichshain und mittlerweile bildungspolitischer Sprecher der CDU, agiert ähnlich autokratisch: Er qualifizierte eine Studie über extremistische Tendenzen kurzerhand als „einseitig und unwissenschaftlich“ ab und untersagte die Auseinandersetzung damit: „Es wäre eine Katastrophe, wenn sich Lehrer in ihrer Dienstzeit damit beschäftigen, denn das Papier hat eindeutig politischen Charakter“, erklärte er laut *Berliner Zeitung* sein Vorgehen. Das war selbst Parteifreund und Landesschulrat Hansjürgen Pokall zu viel. „Die Argumente des Kollegen aus Friedrichshain werden keinen Bestand haben“, sagte er der Zeitung.

Ulrich Thöne und Klaus Böger tauschten auf Anregung der *Berliner Zeitung* Neujahrsgrüße aus. Während Böger sich artig wünschte, dass der Lehrer-Beruf mehr gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung bekommt und die SchülerInnen guten Unterricht, fand Thöne einen anderen Ton: „Zeigen Sie sich wie ein mutiger Hai und nicht wie ein Bückling im Senatstümpel. Machen Sie Schluss mit all den faulen Kompromissen, den offenen und versteckten Angriffen. Stellen Sie sich vor die Berliner Bildungseinrichtungen und ihre Beschäftigten. Wechseln Sie die Seite“ , heißt es in seinem Neujahrsgruß.

Michael Cramer, Bündnis90/Die Grünen, darf seinen Beruf als Musik- und Sportlehrer nicht ausüben, solange er Parlamentarier ist. Nach dem Verwaltungsgericht hat jetzt auch das Oberverwaltungsgericht Berlin Cramers Klage abgewiesen und die Unvereinbarkeit von Lehramt und Mandat bestätigt.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Geisterfahrt ins Jahr 2020

Das neue Schulgesetz ist nicht zukunftsfähig.

von Thomas Isensee, Leiter Referat Bildungspolitik

Die SPD setzt mit der PDS ein Schulgesetz fast unverändert durch, das für die Große Koalition mit der CDU und vor den Erkenntnissen der PISA-Studie konzipiert war. Die pädagogische Lyrik der ersten Paragraphen lässt das Herz gestandener ReformpädagogInnen in freudiger Erwartung schneller schlagen. Dann kommt aber das Kleingedruckte, die schulische Alltagsprosa: in den nachfolgenden Paragraphen wird alles gleich wieder ausgehebelt. Und das Sahnehäubchen dabei: SPD und PDS zementieren mit starrem Blick auf das Lichtenrader und Köpenicker Reihenhausmilieu das dreigliedrige Schulsystem!

Bei dieser Nummer „Kulturrevolution“ des Amateurkabaretts auf dem Betriebsausflug einer West-Berliner Schule jubelt das Kollegium. Wird doch das Alt-68er Klischee der politisch unzuverlässigen SPD mit dumpfen Vorbehalten gegen „die Ossis“ in der PDS und genereller Parteienverdrossenheit instinktsicher verknüpft. Eine Nummer zum Schenkel klatschen und Mitschunkeln.

Das ist nun aber leider kein Kabarett, sondern bildungspolitische Realität im Berlin des Jahres 2004: das neue Schulgesetz ist da. Und es wird lange bleiben.

Schauen wir in das Jahr 2020: Dann haben alle, die ihre Schulzeit unter dem neuen Schulgesetz begonnen haben, längst ihr Abitur. Diese Abiturienten müssen dann zahlreicher sein als heute. Die ohne Erfolg aus dem Schulsystem herausfallen, müssen weniger werden. Das sagt die OECD.

In Berlin wird es mehr Migranten geben als heute und mehr soziale Brennpunkte, sagen die Stadtsoziologen. Und da es insgesamt weniger Kinder und Jugendliche geben wird, müssen sie alle qualifiziert werden, sagen die Demografen.

Nach dem Schulgesetz von 2004 werden sie aber – trotz aller lyrischen Bemerkungen über individuelle Förderung und gesellschaftliche Integration – nach wie vor sitzen bleiben, durchgereicht werden und im Problemfall mit allen anderen Problemfällen in der Hauptschule vereint sein. Dafür wird dem Land Berlin kein finanzieller und sozialer Preis zu hoch sein, während die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher immer noch unter Haushaltsvorbehalt stehen wird. Es wird dafür auch keine Öffnungsklausel geben für Schulen, die anders verfahren wollen – trotz aller lyrischen Bemerkungen über den hohen Wert von Schulentwicklung und Schulprogrammarbeit an der Einzelschule.

Niemand wird so überheblich sein zu unterstellen, dass die politisch Verantwortlichen für das Gesetz dies etwa nicht gemerkt hätten. Sie haben sich einer seriösen öffentlichen Diskussion zu dem Thema der inneren Widersprüchlichkeit des Schulgesetzes nur nicht gestellt. Sie haben das Problem des Schulsystems einfach für nicht existent erklärt.

Sie haben aber damit eine bildungspolitische Chance vertan. Mit einem neuen Schulgesetz unter der Berliner politischen Konstellation von Parteien, von denen man eine kritische Distanz zu den überkommenen deutschen Schultraditionen erwarten konnte, hätte ein Zeichen gesetzt werden können für eine grundlegende Reform des Schulwesens – eine Reform, die mehr gewesen wäre als finanzielle Ausdünnung bestehender Strukturen und Modernisierung der Kontrollmechanismen.

Ihre Kulturrevolution hat nur in der Lyrik stattgefunden.

Vor welchem Interessentenhaufen sie eingeknickt sind, wer an der Basis der beteiligten Parteien dahinter steht, das sei dahingestellt. Uns als Gewerkschaftern bleibt nur noch Wetten abzuschließen, wann die harten sozialen Realitäten im Land Berlin die erste Novellierung des Schulgesetzes erzwingen werden.

Aktion des DGB Berlin-Brandenburg am 13. Januar 2004 am Historischen Hafen in Berlin-Mitte für die Integration behinderter Menschen ins Arbeitsleben unter dem Motto „Wir wollen ins Boot! Ausbildung und Arbeit für behinderte Menschen“. FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Hauptschule wegweisend

Vorbildlich und beispiellos haben sich die SchulleiterInnen gleich am ersten Wochenende nach den Ferien in Erkner zu einer Klausurtagung getroffen. Unter der Leitung von Oberschulrat Horst Seidel haben sie über die offenen Fragen des neuen Schulgesetzes in Bezug auf seine Umsetzung für die Hauptschule diskutiert und Vorschläge erarbeitet. Die Ergebnisse werden auf einer eigens eingerichteten Homepage dokumentiert und können in der Schulöffentlichkeit kritisiert und ergänzt werden. Ein Beispiel, dass auch für die anderen Schulzweige nachahmenswert ist und das vor allzu großen Überraschungen im Herbst etwas schützen kann. Natürlich geht nichts ohne Mut und Einsatz, aber das war den Hauptschulkollegen noch nie fremd.

50 Jahre Mundorgel

In Lied Nr. 82 liebt Gott diese Welt, in Nr. 261 rasen die Affen durch den Wald: Viele kennen sicherlich noch das kleine rote Liederbuch, das im Oktober 1953 die Welt erblickte und mit seinem praktischen Kleinformat in jede Hemd- oder Hosentasche passt und eine zwar sehr christlich geprägte, aber durchaus bunte Mischung an Volks- und Fahrtenliedern nicht nur aus deutschen Landen bietet. Von den 132 Texten der ersten Ausgabe sind allerdings nur noch 54 übrig geblieben. Lieder, in denen von „Negern“ die Rede war oder von „Zigeunern“ wurden ebenso gestrichen wie Lieder mit militaristischer Tendenz und Lieder der Nazis. Herausgegeben vom Christlichen Verein junger Männer (CVJM) hatte das Liederbuch bis Ende der 70er Jahre ein Auflage von zehn Millionen erreicht; in den Jahren danach bis heute wurden nur noch vier Millionen Exemplare verkauft. Moderner (aber auch teurer: 21 Euro) ist die Liedersammlung „Das Ding“: hier findet man 400 Lieder vom Volkslied über den Schlager bis zum Pop- und Rock-Song. Die „Capri-Fischer“ von Rudi Schuricke ebenso wie „Talking about a Revolution“ von Tracy Chapman oder „Like a Prayer“ von Madonna, aber auch „Die Gedanken sind frei“.

Bachelor-Studiengang für ErzieherInnen

Ab April 2004 bietet die Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit den siebensemestrigen Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ an. Zugangsvoraussetzung ist das Abitur, der Studiengang endet mit dem „Bachelor of Arts“ (Education). Pro Jahr will die Fachhochschule 40 Studienplätze bereit stellen. Die Anerkennung dieses Ausbildungsgangs als Modellversuch wurde Dezember 2002 von der Bund-Länder-Kommission abgelehnt. Jetzt führt die Alice-Salomon-Fachhochschule den Studiengang ohne Bundesunterstützung durch. Gegenüber dem beantragten Modellversuch, der auch von der GEW mit entwickelt wurde, ist der jetzt von der Fachhochschule allein verantwortete Studiengang in Umfang und Inhalt deutlich verkürzt worden.

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau

Der Europäische Gewerkschaftsbund und der DGB rufen auf, am 3. April 2004 mit Protestaktionen und Massendemonstrationen in den Hauptstädten und in anderen großen Städten Europas gegen den Sozialabbau zu protestieren. Die Aktionstage waren von den sozialen Bewegungen beim europäischen Sozialforum und vom Europäischen Gewerkschaftsbund initiiert worden. „Attac hat sich mit großer Vehemenz für einen gemeinsamen Protesttag eingesetzt“, sagte Peter Wahl vom Attac-Koordinierungskreis. „Das Zusammenwirken von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ist eine neue Qualität und bildet die Grundlage für eine breite, außerparlamentarische Opposition. Die Zeiten, in denen die All-Parteien-Koaliton ihren Kurs ohne massive Proteste durchsetzen kann, sind vorbei.“

Berlin vertreibt junge Lehrkräfte

Mit der von Bildungssenator Klaus Böger verkündeten Absenkung der Eingangsgehälter um eine Besoldungsstufe werden noch mehr in Berlin dringend benötigte Lehrkräfte in andere Bundesländer abwandern, befürchtet die GEW BERLIN. Denn anders als der Bildungssenator behauptet, bedeute die Absenkung der Eingangsgehälter nicht eine Anpassung an andere Bundesländer, sondern eine Schlechterstellung der Berliner Lehrkräfte. Außerdem will der Senat in 2004/2005 insgesamt 400 Referendariatsplätze streichen, 200 Plätze in diesem Jahr und 200 Plätze in 2005. Die ohnehin schon geringe Ausbildungskapazität wird dadurch noch weiter reduziert. Im August könnten dann nur noch 180 Plätze besetzt werden – bei 2.000 Bewerbungen! Angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle werden die beiden Maßnahmen dazu führen, dass Berlin kaum den nötigen Nachwuchs bekommen wird.

Was wird aus der Berliner Schule?

Reformen können nur Erfolg haben, wenn Ressourcen sofort bereitgestellt werden.

von Klaus Meißner, Hochschullehrer an der UdK und Leiter der Diesterweg-Hochschule

Im Oktober 2003 hat das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung die Maßnahmen beschrieben, die als Folge der PISA-Ergebnisse in allen Bundesländern nach eigenen Angaben bildungspolitische Priorität besitzen:

… „Eine frühe Sprachförderung, insbesondere für Migrantenkinder bzw. Kinder mit Deutsch als Zweitsprache, in der Regel verbunden mit Sprachstandsfeststellungen für alle Kinder;

… die bessere Verzahnung von Kindertagesstätten, Vorschulerziehung und Grundschule sowie die Einführung einer verlässlichen Halbtagsgrundschule und von Ganztagsschulangeboten;

… die Ergebnissicherung mittels fortlaufender Lernstandsermittlung, der Entwicklung und Anwendung von Instrumenten der Leistungsdiagnose sowie die Durchführung schulübergreifender Vergleichsarbeiten;

… die Erstellung von Schulprogrammen;

… die Neufassung bzw. Weiterentwicklung von Rahmenplänen sowie die Erarbeitung von Standards in den Kernfächern;

… die Weiterentwicklung der methodischen und diagnostischen Kompetenz der Lehrkräfte insbesondere durch Lehrerfortbildung.“ (s. Bildungsbericht für Deutschland: Erste Befunde/ Zusammenfassung, S.11)

In Berlin materialisieren sich diese Absichten im jetzt verabschiedeten neuen Schulgesetz, in der ersten Ausgabe der neuen Informationsreihe der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport vom November 2003 „Schule für Berlin“ und in den seit Dezember 2003 im Internet nachlesbaren und zur Diskussion freigegebenen neuen Rahmenplänen für die Grundschule, die im Schuljahr 2004/05 in Kraft treten sollen. Das neue Schulgesetz schafft die rechtlichen Voraussetzungen für die verbindliche und flächendeckende Schulprogrammentwicklung.

Schulprogrammentwicklung

Das Schulprogramm wird als zentrales Instrument der Schule zur Wahrnehmung pädagogischer Eigenverantwortung eingestuft. „Mit ihm muss sich die Schule im Rahmen des vorgegebenen Bildungs- und Erziehungsauftrags, der verbindlichen Standards und ihrer konkreten Möglichkeiten über die eigenen Ziele klar werden. Das Schulprogramm dient dazu, sich der eigenen Ziele zu vergewissern und die eigenen pädagogischen Möglichkeiten und Ziele im Rahmen des vorgegebenen Bildungs- und Erziehungsauftrags und der verbindlichen Standards zu dokumentieren. Es unterstützt die Selbstkontrolle und Evaluation der eigenen Arbeit und soll zu einer neuen Form der Kooperation mit der Schulaufsicht in der Orientierung auf ein gemeinsam verantwortetes Entwicklungsziel führen.“ (Schule für Berlin, Heft 1, 2003, S. 5)

FOTO: PRIVAT

Für die meisten LehrerInnen ist diese Anforderung neu und deckt sich kaum mit ihrem beruflichen Selbstverständnis. Sie sind gewohnt, nur auf die Klassen bezogen zu denken und zu handeln, in denen sie unterrichten; eine gemeinsame Verantwortung für die gesamte Schule zu übernehmen, ist ihnen dagegen in der Regel fremd. Sich an dieser Stelle auf einen Prozess des Umdenkens

Ein Blick auf die Schulentwicklung in Berlin...

FOTO: VEIT METTE

einzulassen, der die Voraussetzung für eine identifizierte Mitarbeit an der Schulprogrammentwicklung ist, macht viel Überzeugungsarbeit erforderlich. Die Schulprogrammentwicklung selbst ist sehr komplex und erfordert eine fachliche Unterstützung.

Eine erste praxisnahe Hilfe bietet die 2003 vom LISUM veröffentlichte Informationsschrift „Stationen auf dem Weg der Schulprogrammentwicklung“. Dieser Leitfaden beschreibt Erfahrungen aus dem dreijährigen Pilotprojekt „Schulprogrammentwicklung und Evaluation“, an dem 60 Berliner Schulen teilgenommen haben, und verdichtet sie zu Handlungsempfehlungen. In einem umfangreichen Anhang sind Kopiervorlagen abgedruckt, die zur Strukturierung des Entwicklungsprozesses genutzt werden können, sowie weiterführende Literaturangaben und Adressen von Unterstützungssystemen. Für die persönliche Beratung können sich die Schulen an die Agentur für Prozessberatung und Beratung für Schulprogrammentwicklung des LISUM wenden; doch die Kapazitäten sind begrenzt.

FOTO: VEIT METTE

Flexible Schulanfangsphase

Die flexible Schulanfangsphase ist für die Kinder vor allem durch ein früheres Einschulungsalter und durch eine flexible Verweildauer in der Schulanfangsphase gekennzeichnet. In der Regel erfolgt nach zwei Jahren unter Verwendung eines standardisierten Instrumentariums die Erfassung und Bewertung des individuellen Leistungsstandes. Entspricht er den für das Ende des zweiten Schuljahres festgelegten Standards, geht das Kind in die dritte Jahrgangsstufe über. Anderenfalls hat es ein weiteres Jahr Zeit, die geforderten Kompetenzen zu erwerben. Ein Wechsel in die dritte Jahrgangsstufe vor Ablauf von zwei Jahren ist möglich, wenn das Kind bereits früher über die festgelegten Kompetenzen verfügt.

„Die besondere pädagogische Aufgabe der Schulanfangsphase besteht darin, Defizite im Bereich der Grundfertigkeiten auszugleichen, die insbesondere bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien zunehmend zu beobachten sind... Hierfür werden künftig die bisherigen Vorklassenleiterinnen im Rahmen der verlässlichen Halbtagsschule unterstützend in der Schulanfangsphase eingesetzt. Sie übernehmen in Organisationsformen, die vorrangig von den Schulen festzulegen sind, die Förderung basaler Fertigkeiten und Kompetenzen der Kinder. Die Zusammenarbeit von Lehrern, Vorklassenleiterinnen und Erzieherinnen wird deutlich verstärkt und eine gezielte Förderung aller Kinder verbessert (Schule für Berlin, Heft 1, 2003, S. 21).“

Neben organisatorischer Kompetenz der Schulleitung sind zur erfolgreichen Realisierung des Vorhabens die Kompetenz zur Kooperation und zur Lerndiagnostik von ErzieherInnen und LehrerInnen besonders gefragt. Gerade im Bereich der lerndiagnostischen Kompetenz, die zur gezielten individuellen Förderung unerlässlich ist, bestehen bislang jedoch erhebliche professionelle Defizite, da in der Lehrerausbildung der Erwerb dieser Kompetenz in der Regel nicht ermöglicht wird.

Ganztagsgrundschule

Ganztagsgrundschulen benötigen „ein pädagogisches Konzept, in dem Lehrkräfte und Sozialpädagogen kooperieren.“ (Hocke, N., blz 1, 2004, S. 8) Das momentan diskutierte „Gesamtkonzept für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern“ entspricht nach Auffassung der GEW BERLIN nicht ihren pädagogisch-innovativen Qualitätsansprüchen und wird deshalb von ihr in dieser Fassung zurückgewiesen (Näheres: blz 1, 2004, S. 8-16).

Sprachförderung Deutsch

Als Reaktion auf erhebliche Defizite bei der altersgemäßen kompetenten Verwendung der deutschen Sprache vieler Kinder bei Schuleintritt hat die Senatsbildungsverwaltung Maßnahmen zur Reduzierung dieses Missstandes ergriffen. Es ist geplant, den Sprachentwicklungsstand der Kinder erstmals bei Schuleintritt und dann alle zwei Jahre bis zum Wechsel in die Sekundarschule mit einem standardisierten Verfahren zu messen und auf der Grundlage der Ergebnisse individuelle Fördermaßnahmen anzubieten. Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache mit sehr geringer Sprachkompetenz in Deutsch werden seit diesem Schuljahr nach dem neuen Rahmenplan DaZ unterrichtet. Problematisch ist allerdings nach wie vor die Qualifizierung der Lehrkräfte für die Sprachförderung. Aber „ohne eine entsprechende Qualifizierung des Personals kann das Sprachförderkonzept natürlich nicht umgesetzt werden. Deshalb ist das Fortbildungsangebot für die Erzieherinnen und Erzieher verdoppelt worden. Die Jahreskurse an der Technischen Universität zur Qualifizierung von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache DaZ müssen fortgesetzt werden. Außerdem müssen am LISUM die Fortbildungskurse DaZ für Vorklassenleiterinnen ausgebaut werden. Und schließlich ist die Aufnahme eines Moduls DaZ in die zweite Ausbildungsphase der Lehrkräfte zu nennen.“ (Schule für Berlin, Heft 1, 2003, S. 16)

Neue Rahmenlehrpläne

Seit Dezember 2003 stehen die neuen Rahmenlehrpläne für die Grundschule bis Ende Januar 2004 zur öffentlichen Anhörung im Internet (www.lisum.de). Die Pläne sind unter der Federführung des LISUM Brandenburg unter Beteiligung von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – an den Plänen für Deutsch und Mathematik hat auch Bremen mitgearbeitet – von September 2002 bis Oktober 2003 entwickelt worden. Es ist beabsichtigt, sie in diesen drei bzw. vier Ländern zum Schuljahr 2004/5 in Kraft zu setzen.

Bei dieser rigiden Zeitplanung ist die notwendige qualitative öffentliche Diskussion, an deren Ende auch substantielle Veränderungen der Pläne stehen

könnten, nicht möglich, so dass die kurze Phase der Anhörung als demokratische Farce gewertet werden muss. Bereits die Fertigstellung der Pläne von den länderparitätisch zusammengesetzten Rahmenlehrplangruppen vollzog sich unter unzumutbaren Bedingungen: Zwei Wochen vor Terminablauf wurde allen Arbeitsgruppen mitgeteilt, dass sie ihre bisherigen Entwürfe nach einem neuen verbindlichen Raster umzuarbeiten hätten. Diese Auflage führte dazu, dass in einigen Fächern die konzeptionelle Anlage des Plans radikal geändert werden musste und zum Schluss sich nicht mehr alle Mitglieder der Rahmenlehrplangruppen aufgrund anderer Terminverpflichtungen an der aufwändigen Überarbeitung beteiligen konnten. Professionelle Rahmenlehrplanarbeit sieht anders aus!

Wer die Pläne aufmerksam liest, wird feststellen, dass sie einige wesentliche Neuerungen enthalten, die den LehrerInnen bei der unterrichtlichen Realisierung Kompetenzen abverlangen, die sie bislang nicht erworben haben. Es seien hier nur einige aus dem Kapitel „Bildung und Erziehung in der Grundschule“ angeführt: Orientierung des Unterrichts auf den Erwerb von Sachkompetenz, Methodenkompetenz, sozialer und personaler Kompetenz; Arbeiten mit einem neuen Leistungsbegriff, bei dem zwischen Leistungsermittlung und Leistungsbewertung strikt unterschieden wird; qualitative Weiterentwicklung des Unterrichts unter Einbeziehung von schulbezogenen Qualitätsstandards und schulinterner Evaluation. Das alles sind wichtige Innovationen, die die Qualitätsentwicklung der Grundschule fördern. Sie müssen aber in ihrer Bedeutung und Tragweite von LehrerInnen verstanden werden, um in der Unterrichtspraxis wirksam werden zu können. Ohne effektive Implementierung mit begleitender systematischer Evaluation werden die neuen Pläne den Unterricht so wenig verändern wie viele Lehrpläne zuvor.

Personalentwicklung in der Schule

Nach Analyse der Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg scheiden bis zum Jahr 2010 zwölftausend der dreißigtausend LehrerInnen, die 2001 in Berlin tätig waren, altersbedingt aus ihrem Beruf aus. Zur Kompensation werden aufgrund sinkender Schülerzahlen innerhalb dieses Zeitraums 6700 Neueinstellungen erforderlich (2003, S. 49). Diese Personalentwicklung könnte einen Innovationsschub für die Berliner Schule auslösen, wenn die Senatsbildungsverwaltung die Neueinstellungen durch umfassende personalqualifizierende Maßnahmen flankiert.

Kompetenzentwicklung

Die geplanten und teilweise bereits eingeführten Neuerungen, die zu Qualitätssteigerungen in der Berliner Schule führen sollen, erfordern bei LehrerInnen Kompetenzen, die sie bisher kaum entwickelt haben. Insbesondere sind zu nennen: lerndiagnostische Kompetenz einschließlich der Kompetenz zur differenzierten Leistungserfassung und -bewertung; evaluative Kompetenz; Kompetenz zur Sprachförderung; Medienkompetenz; Kompetenz zur Kooperation; Unterrichtskompetenz für Mathematik und Naturwissenschaften.

Die Universitäten müssen sich bei der Ausbildung von LehrerInnen auf diese neuen Anforderungen einstellen, ein neues Anforderungsprofil sowie neue Studien- und Prüfungsordnungen entwickeln, die dem veränderten Berufsbild der LehrerInnen entsprechen. Ebenso muss die zweite Phase der Lehrerbildung durch neue Akzentsetzung ihr Ausbildungscurriculum reformieren. Besonders gefragt ist jedoch die wirksame Unterstützung der Lehrkräfte beim Erwerb der neuen Kompetenzen. Sie ist nach dem neuen Schulgesetz die zentrale Aufgabe des Landesinstituts für Schule und Medien (LISUM).

Partiell wird sie von dem Institut auch wahrgenommen. Doch aufgrund der permanenten Reduzierung des Personals – gegenwärtig ist der Bestand auf 73 feste Stellen abgeschmolzen, von denen nur wenige für pädagogische ReferentInnen ausgewiesen sind – und der geplanten erneuten Umquartierung des LISUM im Sommer 2004 von der Storkower Straße nach Alt-Friedrichsfelde verliert das Institut zunehmend an Innovationswirksamkeit. „Exzellente Ergebnisse sind im Bildungssystem nicht ohne exzellentes kontinuierlich nachwachsendes und klug eingesetztes Personal erreichbar.“ (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 2003, S. 5) Gegen diese Erkenntnis wird im LISUM allerdings seit Jahren verstoßen. Was mit der gesetzlichen Anforderung zur Schulprogrammentwicklung jetzt für jede Berliner Schule verpflichtend wird – Aufstellung eines Schulprogramms zur qualitativen Weiterentwicklung der Schule – , wird dem LISUM permanent vorenthalten. Für das LISUM gibt es weder Planungssicherheit noch eine konstruktive Personalentwicklung. Die dringend notwendige und in gemeinsamer Diskussion zu entwickelnde Institutskonzeption wird von der Leitung blockiert und durch Leitungsentscheidungen zur formalen Neustrukturierung des LISUM ersetzt.

Die Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg betont in ihrem Bericht, dass Schulen und Lehrkräfte professionelle und effektive Unterstützung benötigen, um die neuen Aufgaben leisten zu können. Sie empfehlen für Berlin und Brandenburg „die Einrichtung einer gemeinsamen Servicestelle zur Qualitätssicherung; diese Einrichtung könnte im Rahmen der geplanten Zusammenlegung der beiden Landesinstitute PLIB und LISUM geschaffen werden.“ (S.233)

Der Bedarf nach vielfältiger qualitativer Unterstützung ist akut und unbestritten; die Fusion der beiden Institute erfolgt jedoch frühestens 2005. Die Erfolgsaussichten der angestrebten Innovationen in der Berliner Schule sinken erheblich, wenn die Lehrkräfte auf Unterstützung so lange warten müssen. Wer ernsthaft an der Umsetzung der eingeleiteten Reformen interessiert ist, muss die erforderlichen Ressourcen jetzt bereitstellen und die Schulen nicht auf später vertrösten. ■

Die Mama zu Hause war das Ideal

Warum gibt es in Deutschland eigentlich die Halbtagsschule? Ein Blick in die Geschichte – und in die europäischen Nachbarländer.

von Dorothee Nolte

Eigentlich ist es verrückt: In den meisten europäischen Staaten ist die Ganztagsschule seit langem normal, und auch in Deutschland wünschte sich schon in den sechziger Jahren knapp die Hälfte der Eltern in Umfragen ganztägige Betreuungsangebote für ihre Kinder. Heute sind es sogar weit mehr, unter den Frauen über 80 Prozent. Trotzdem ist die Halbtagsschule, zumindest in Westdeutschland, über all die Jahre das dominante Modell geblieben. Wie kommt das?

Für Karen Hagemann, Historikerin an der TU, lässt sich der deutsche Hang zur Halbtagsbildung und -betreuung weit in die Geschichte zurückverfolgen – und „deswegen bin ich skeptisch, wenn ich die Wahlversprechen der Politiker höre“. Die rühmen ja seit neuestem die Vorzüge der Ganztagsbildung, weil sie Frauen die Berufstätigkeit erleichtert und die Bildungschancen von Kindern aus sozial schwachen oder ausländischen Familien verbessert. Rheinland-Pfalz will bis 2006 zwanzig Prozent der Schulen auf Ganztagsbetrieb umstellen, die SPD verspricht vier Milliarden Euro zum Ausbau der Ganztagsbetreuung. Dennoch: Bis die Ganztagsbetreuung bedarfsgerecht ausgebaut oder gar die Ganztagsschule zur Regelschule wird, dürfte noch viel Zeit vergehen. Und das hat laut Hagemann historische Gründe.

Schon im 19. Jahrhundert war die Auffassung verbreitet, öffentliche Kinderbetreuung könne nur eine Notlösung für arme Familien sein, in denen die Mütter gezwungen waren, zu arbeiten. Für deren Kinder wurden „primär karitative ganztägige Bewahranstalten“ eingerichtet. Daneben gab es Schul- und Kindergartengründungen aus pädagogischen Motiven, die nur halbtags geöffnet waren. „Hauptgegnerin jeglicher öffentlichen Betreuung, die über eine halbtägige Ergänzung zur Familienerziehung hinausging, war die katholische Kirche“, so Karen Hagemann.

Auch die Landbevölkerung, die auf die Mitarbeit der Kinder in Haus und Hof angewiesen war, wollte ihren Nachwuchs höchstens halbtags in eine Bildungsanstalt schicken. Viele niedere Schulen waren im 19. Jahrhundert daher Halbtagsschulen. An höheren Schulen dagegen war ein Ganztagsunterricht – mit Mittagspause – zunächst durchaus üblich. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts setzte sich auch dort zunehmend der Halbtagsunterricht durch – mit dem Argument, durch zuviel Unterricht würden Jungs wehruntauglich. Auch der Deutsche Philologenverband plädierte, aus ständischen Motiven, für die Halbtagsschule.

Deutscher Hang zur Halbtagsbildung schon im 19. Jahrhundert. FOTO: ARCHIV

In anderen europäischen Ländern verlief die Entwicklung anders. In England etwa wurde die allgemeine Schulpflicht zugleich als Mittel im Kampf gegen die Kindererwerbstätigkeit auf dem Lande und in Fabriken eingesetzt, ab 1920 war dort der ganztägige Unterricht Pflicht. Auch in Frankreich gibt es eine lange Tradition der Ganztagsschule und vorschulischen Ganztagsbetreuung. Im Unterschied zu England und Frankreich baute Deutschland auch die Ganztagsangebote, die im ersten Weltkrieg aufgrund des Mangels an Arbeitskräften entstanden waren, nach dem Krieg rasch wieder ab.

Reformpädagogen, die eine Kombination von Unterricht mit Sport und Spiel forderten, über den ganzen Tag verteilt, konnten sich in Deutschland nie durchsetzen; ihre Schulen wurden von den Nationalsozialisten geschlossen. Nach 1945 empfanden viele Westdeutsche eine Abneigung gegen jegliche Form von Gemeinschaftserziehung und warfen Ganztagsschule und Gesamtschule munter in einen Topf. In den fünfziger und sechziger Jahren holte man lieber ausländische Arbeitskräfte ins Land, statt – wie in Frankreich oder den skandinavischen Ländern – auf weibliche Arbeitskräfte zurückzugreifen und die öffentliche Kinderbetreuung auszuweiten. Sogar die westdeutschen Gewerkschaften und die SPD vertraten bis in die siebziger Jahre hinein die Meinung, Ganztagsbetreuung sei nur etwas für soziale Problemfälle. Die Mama zu Hause war das Ideal. Die DDR dagegen mit ihrer hohen Frauenerwerbsquote setzte auf Halbtagsschule plus Nachmittagsangebote und erreichte die höchste Betreuungsrate im Ostblock.

Wie all diese Faktoren zusammenhängen – die Familienpolitik der europäischen Staaten, die Einstellung zur Erwerbstätigkeit der Frauen, Ganztagsschule –, das möchte Hagemann zusammen mit zahlreichen Wissenschaftlern im Ausland erforschen und hat dafür, mit der TU-Historikerin Karin Hausen und der Bremer Professorin für Sozialpolitik Karin Gottschall, einen Antrag auf eine dreijährige Forschungsförderung bei der VW-Stiftung gestellt. *(siehe Kasten)*

Und die Zukunft der Ganztagsschule? Aus Hagemanns Sicht steht die föderale Struktur der Bundesrepublik Bildungsreformen im Weg – neben den alten Vorstellungen von Familie und Arbeitsteilung unter den Geschlechtern. Auch der Einfluss von Interessengruppen wie dem Deutschen Lehrerverband und der katholischen Kirche wirke nach wie vor hemmend; und da es hierzulande weniger Schulen in freier Trägerschaft gibt als etwa in Frankreich und England, hat das staatliche Schulsystem keine Konkurrenz. Was die Eltern wollen und was für die Kinder gut wäre, spielt Hagemann zufolge eh nur eine untergeordnete Rolle: „In diesem Land wird Politik ohne die Betroffenen gemacht.“

Erschienen im Berliner „Tagesspiegel“ am 6. Juni 2002. Wir bedanken uns für die Nachdruck-Erlaubnis.

Halbtags- oder Ganztagsschule? FOTO: GISELA LAU

FAMILIENPOLITIK UND GANZTAGSSCHULE

Das Forschungsprojekt, das Prof. Dr. Karen Hagemann (University of Glamorgan, z.Z. Wissenschaftszentrum Berlin) zusammen mit Prof. Dr. Karin Hausen (Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Technischen Universität Berlin) und Prof. Dr. Karin Gottschall (Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen) bei der Volkswagen-Stiftung 2002 beantragt hatte, erhielt zwar die Befürwortung aller Gutachter, wurde

FOTO: MICHEL

dann aber vom Kuratorium der Stiftung doch nicht als förderungswürdig erachtet. Da eine Auswahl getroffen werden musste, wurde anderen Projekten der Vorrang gegeben. Angesichts des Zeitpunktes – mitten in der PISA-Diskussion und dem allgemeinen Ruf nach mehr Ganztagsschulen – erstaunt, dass diesem Thema keine Priorität eingeräumt wurde. Die Antragstellerinnen vermuten, dass das Projekt nicht nur bildungs- und sozialpolitisch, sondern auch geschlechterpolitisch zu brisant war. Eine ausführliche Darstellung, die im wesentlichen auf den bisherigen Forschungsergebnissen Hagemanns beruht, ist in der Zeitschrift „Das Parlament“ Nr. 41 vom 14.10. 2002 unter dem Titel „Die Halbtagsschule in Deutschland: Ein Sonderfall in Europa?“ abgedruckt. (Internet: www.das-Parlament.de) Karen Hagemann arbeitet weiter an diesem Thema: Auf der Fifth European Social Science History Conference, die vom 24. bis 27. März 2004 an der Humboldt Universität zu Berlin stattfindet, wird sie gemeinsam mit Kolleginnen in einem Panel mit dem Titel: „State – Children – Family: The Politics of Child Care and Public Education in East-West-Comparison“ am 27. März ab 14.15 Uhr ihre Forschungsergebnisse zur Diskussion stellen. *-wl*

Verstrahlte Zukunft

Gesundheitsgefahren durch kabellose Laptops.

von Siegfried Schwarzmüller, GEW Hessen

Gefahr durch hochfrequente Strahlung. FOTO: MEV

Unter dem Primat der „Effizienzsteigerung“ geschehen derzeit in den Schulen fast unbeachtet und unreflektiert Dinge, die früher zu regen Diskussionen und Aktionen geführt hätten. Oft ohne hinreichende Information und Beteiligung der Beschäftigten werden z. B. in Hessen an rund 100 Schulen unter dem Deckmantel von „Medienkompetenz“, einer „neuen Lernkultur“ und eines „besseren Unterrichts“ Schülerinnen und Schüler mit Laptops ausgestattet. Der Einsatz dieser mobilen Computer hat vordergründig sicher einige Vorteile wie Raumersparnis und Flexibilität bei der Handhabung.

Bessere Bildung durch WLAN?

Gleichzeitig mit der Einrichtung der Schülerarbeitsplätze wird von der Landesregierung und den Schulträgern jedoch eine neue Technik eingeführt, gegen die aus gesundheitlicher Sicht starke Bedenken bestehen. Nach Auffassung der Initiative Schule@Zukunft, in der Landesregierung, Schulträger und hessische Unternehmerverbände zusammenarbeiten, kommt als Laptop „nur ein WLAN in Frage“. Bei dem derzeit forcierten Verfahren der WLAN-Technik (Wireless-Local-Area-Network) steht im Klassenraum oder im Schulhaus ein Sender, über den die Lernenden kabellos untereinander kommunizieren oder mit den Peripheriegeräten und dem Internet verbunden sind. Ihre Laptops sind dabei selbst Sender und Empfänger. Bei diesen Aktivitäten entstehen an jedem Schülerarbeitsplatz hochfrequente pulsierende elektromagnetische Felder, deren gesundheitsschädliche Auswirkungen inzwischen allgemein bekannt und anerkannt sind. Schon 2001 kam die unabhängige Arbeitsstelle für Umweltfragen der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau zu dem Schluss, eine große Zahl von Experimenten lasse „den Schluss zu, dass Lebewesen auf diese Strahlung reagieren.“ Vorsorgender Gesundheitsschutz ist hier dringend angeraten, vor allem auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit, wo der sorglose Umgang mit als harmlos geltenden Substanzen wie Holzschutzmittel, Asbest, FCKW auch an Schulen zu verheerenden gesundheitlichen Gefährdungen und finanziellen Folgen geführt hat.

Hochfrequente Strahlungen

Bei einer Raumvernetzung ist es noch weitgehend eine individuelle Entscheidung, ob die Schülerinnen und Schüler über Kabel oder Sender untereinander kommunizieren und mit dem Netz verbunden sind. Bei einer Schulvernetzung gibt es für die Beschäftigten jedoch keine Entscheidungsmöglichkeit mehr, ob sie sich der zusätzlichen Strahlung aussetzen möchten oder nicht. Ähnlich wie in Wartehallen der Flughäfen und in großen Bahnhöfen sind sie während des Arbeitstages ständig den elektromagnetischen Feldern der WLAN-Sendeanlagen ausgesetzt. Je nach Arbeitsplatz sind dabei unterschiedliche Belastungen möglich. Durch Überlagerungen und Spiegelungen können hier unbemerkt auch extrem hohe Strahlungswerte erreicht werden. An einem Arbeitsplatz in der juristischen Bibliothek in Göttingen hat die Zeitschrift *Öko-Test* bei der Flussdichte, der Maßeinheit für hochfrequente Strahlungen, einen Spitzenwert von 23 000 W/qm gemessen. Der amtliche Grenzwert in der Bundesrepublik liegt derzeit bei 10 W/qm.

Ohne Kabelverbindung muss die WLAN-Anlage auch nachts eingeschaltet und über Funk mit dem Netz verbunden sein, da in dieser Zeit die Fernwartung des Schulsenders mit den in den „Dockingstations“ zugeschalteten Laptops durchgeführt wird.

Im November 2002 hat die Zeitschrift *Öko-Test* bei einer umfangreichen Untersuchung festgestellt, dass besonders von den sendenden Laptops mit ihren WLAN-Karten eine beträchtliche Strahlendosis ausgeht. Sie liegt oft erheblich über den empfohlenen Vorsorgewerten und an Brennpunkten auch über den amtlichen Grenzwerten. Auch das nova-Institut hatte zuvor schon bei seiner Untersuchung zur WLAN-Anlage der Universität Bremen festgestellt, dass man hier bei einer Arbeit an den Notebooks „mit einer Überschreitung der Vorsorgewerte rechnen“ muss. Zu der in unserem Kulturkreis ohnehin schon vorhandenen massiven Beeinträchtigung durch unnatürliche elektromagnetische Felder (zum Beispiel Handy, DECT-Telefon, Mikrowelle, Bildschirme) werden in der Schule Kinder, Jugendliche und Lehrerkräfte damit zusätzli-

chen Gesundheitsgefahren ausgesetzt, die ohne großen Aufwand vermeidbar wären. Ohne jegliche quantitative und qualitative Einschränkung ist es auch mit einem handlichen Laptop möglich, wie bisher über Kabel im Internet zu arbeiten und so die zusätzliche Strahlenbelastung durch die WLAN-Sendeanlage zu vermeiden. Es ist dafür nur ein Kabel zu legen und mit dem Netz zu verbinden. Auch Peripheriegeräte wie ein zentraler Drucker lassen sich weiterhin über Steckkontakt oder mittels Diskette bedienen.

Fast alles spricht gegen WLAN

Neben der Vorsorge käme eine solche Ausstattung der Schulen die Städte und Kreise sogar finanziell günstiger, weil die Komponenten für den Funkbetrieb entfallen würden. Gegen die WLAN-Technik sprechen auch die von außen beeinflussbare Datenübertragung, die gegenüber Kabelverbindungen reduzierte Arbeitsgeschwindigkeit und Belastbarkeit der Anlagen, die begrenzte Eignung für die Durchführung von Prüfungen und die Störungen im alltäglichen Gebrauch. Fremde Vorgaben und Interessen der Industrie scheinen allerdings schwerer zu wiegen als alle gesundheitlichen, technischen, finanziellen und pädagogischen Einwände. Gegenpositionen und Bedenken werden wohl auch deshalb verschwiegen, um eine neue, Gewinn bringende Technik in einem Großversuch rasch umsetzen und ausprobieren zu können. In einigen Schulbezirken wird die Technik sogar an Grundschulen „erprobt“. Kinder werden dabei zu Versuchsobjekten.

Rechtlich Einspruchsmöglichkeiten gibt es kaum: Bei der WLAN-Einrichtung in den Schulen liege „alles unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte“, lautet wieder einmal die Rechtfertigung. Die 1996 (!) in der Verordnung über elektromagnetische Felder festgelegten Grenzwerte, die als Rechtsgrundlage angeführt werden, berücksichtigen nur die Temperaturauswirkungen dieser Strahlungen. Bei den pulsierenden hochfrequenten Feldern gibt es jedoch bereits bei geringer Leistungsflussdichte von der Temperatur unabhängige Wirkungen. Sie verursachen bei Menschen Beschwerden wie Kopfschmerz, Bluthochdruck, Konzentrationsstörungen und können auch zu bleibenden gesundheitlichen Schädigungen führen. Das ECOLOG-Institut in Hannover hat inzwischen eine Vielzahl von Studien über die gesundheitliche Belastung durch elektromagnetische Felder ausgewertet und konnte dies wissenschaftlich begründet bestätigen. Zum Schutze der Gesundheit ist daher heute nicht mehr von den alten, unzureichenden Grenzwerten auszugehen, sondern von einem alle bislang bekannten Einflüsse berücksichtigenden Vorsorgewert, den es dann bei der Beurteilung von Strahlenbelastungen unbedingt einzuhalten gilt. Die Schweiz hat dies bereits umgesetzt. Hier gelten für die Leistungsflussdichte offiziell 0,1 W/qm als Vorsorgegrenzwert. Dies ist 1/100 des in der Bundesrepublik geltenden Grenzwertes. Das ECOLOG-Institut empfiehlt auf Grund seiner Untersuchungen 0,01 W/qm als Vorsorgewert. Bereits bei diesem Wert wurden in Studien negative Einflüsse auf die Gehirnfunktionen – Gehirnströme, Reaktionsvermögen, Blut-Hirn-Schranke – festgestellt. Bei Untersuchungen hat *Öko-Test* an einzelnen Laptops Werte ermittelt, die höher liegen als diese Vorsorgewerte.

Fast schon Körperverletzung

Bei der unkritisch betriebenen Medienausstattung der Schulen mit Sendern und strahlenden Laptops wird auch nicht berücksichtigt, dass es sich ja um Kinder und Jugendliche handelt, die an ihnen oft stundenlang tätig sind. Im Jahr 2000 kam in England eine von der Regierung beauftragte unabhängige Expertengruppe zu dem Ergebnis, dass Kinder – wegen des sich noch entwickelnden Nervensystems und einer um etwa 60 Prozent höheren Aufnahmefähigkeit für energetische Strahlungen – weit verwundbarer sind als Erwachsene. Für sie müssten daher noch strengere Maßstäbe bei den Vorsorgewerten gelten. Kinder bewusst solchen Gefahren auszusetzen, grenzt an Körperverletzung.

Nicht bedacht wird auch bei der Argumentation, dass in den Räumen der Schule häufig nicht nur ein Gerät die pulsierenden, hochfrequenten elektromagnetischen Strahlen erzeugt, sondern dass es 20 oder mehr Schülerinnen und Schüler sind, die im Unterricht mit diesen Geräten arbeiten. Nicht selten geschieht dies an Orten, an denen es bereits andere unnatürliche Strahlungsquellen gibt (Leuchtstoffröhre, Halogenlampe, Handy, Trafo). Es ist daher vorab nicht auszuschließen, dass durch eine Überschneidung der Felder die Vorsorgewerte für die elektromagnetische Belastung an den einzelnen Arbeitsplätzen weit überschritten werden. Sicher liegt die elektromagnetische Strahlung des einzelnen Laptops unter der eines Handys, doch erhöht er die Intensität der Belastung mit Elektrosmog. Auch die Nutzungsdauer spielt eine Rolle, die bei Informatik-Fachlehrkräften und Fachschülerinnen und Fachschülern mehrere Stunden pro Tag betragen kann.

Besonders geschützt werden müssen elektrosensible Personen, die wie Allergiker auf elektromagnetische Strahlungen reagieren. Dies sind drei bis fünf Prozent der Bevölkerung.

Keine Sender in Schulen!

Schon die hier kurz dargestellten Fakten und Argumente sind ausreichend, um zu dem WLAN-Projekt der Landesregierung und der Schulträger begründet „Nein!“ zu sagen: „Keine Sender in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen!“ Dazu zählen neben der WLAN-Technik auch die kabellosen Bluetooth-Einrichtungen, DECT-Telefone und Handys. Über Kabel lassen sich die gleichen, bei der Arbeit mit Computern in der Übertragungsgeschwindigkeit sogar noch bessere Ergebnisse erzielen. Schutz und Vorsorge gegen gesundheitliche Beeinträchtigungen sollten wichtiger sein als das etwas bequemere Hantieren mit kabellosen Geräten.

Die GEW und die Personalräte im Land, in den Städten und Kreisen und in den Schulen müssen darauf Einfluss nehmen, dass Entscheidungen zur Medienausstattung der Schulen in diesem Sinne revidiert und Kinder und Lehrkräfte in den Schulen nicht bewusst zusätzlichen Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Strahlungen ausgesetzt werden.

Bei der Bewertung der Risiken gibt es sicher noch Unklarheiten, doch sollte die Vorsorge um die Gesundheit der Menschen ausschlaggebend sein. Weitere Hinweise sind von der REFLEX-Studie zu erwarten, die derzeit im Auftrag der Europäischen Union von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verschiedenen europäischen Ländern durchgeführt wird. Sie untersuchen unter anderem die Auswirkungen elektromagnetischer Felder auf Gewebeteile. Auch aus der INTERPHONE-Studie der Weltgesundheitsorganisation zur Handy-Strahlung können sich weiterführende Erkenntnisse ergeben. Zumindest bis zu den Abschlussberichten dieser offiziellen Untersuchungen (voraussichtlich 2007) sollte die Entscheidung zu WLAN an den Schulen zurückgestellt werden.

Aus: Zeitschrift der GEW Hessen, Nr. 12/2003

Service Learning

Lernziel praktisches Tun: Durch Mitgestaltung zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben.

von Joachim Syska, Lehrer an der Riesengebirgs-Hauptschule

Die Schule (www.r-os.cidsnet.de) befindet sich in einem sozialen Brennpunkt Schönebergs. Seit 2002 wird das Service Learning als Schulprojekt durchgeführt und ist als Profilelement in das Schulprogramm aufgenommen worden.

Demokratie lernen als Ziel

Die Projektidee entstand bei einem Blick über den Tellerrand: Ehrenamtliche Tätigkeit wird in den USA und Kanada als soziale und gemeinnützige Tätigkeit von Schülern und Studenten zusätzlich zur Ausbildung durchgeführt. Service Learning gilt als Beitrag zur sozialen Versorgung der Menschen und als erster Schritt hinein in die reale Berufswelt.

Die schulische Reflexionsarbeit ist ein besonders wichtiger Punkt im Konzept. Oftmals werden die Tätigkeiten mit Bonuspunkten honoriert, wodurch sich der Zugang zu einer Hochschule beschleunigt. Amerikanische Erziehungswissenschaftler sehen im Service Learning neben der Hilfe für bedürftige Menschen ein Trainingselement zur Schaffung und Förderung eines demokratischen Verständnisses.

Zivile Tugenden einer starken Demokratie umfassen die Fähigkeiten zum sozialen und politischen Handeln. Aktive Bürger einer Demokratie müssen demnach in der Lage sein, Aufgaben und Probleme in ihrer Lebenswelt zu erkennen, Lösungsansätze zu entwickeln und diese einzeln oder in Gruppen durch aktives Tun umsetzen. Nimmt man dies zum Maßstab für eine politische Bildung, die unsere Demokratie erhalten und stärken soll, kann man mit dem in der Schule üblicherweise Geleisteten nicht zufrieden sein. Für unsere Schulen spielt sich Demokratie lernen, neben dem Erleben demokratischer Strukturen in der Schule, z.B. durch Organe der Schülermitbestimmung, vornehmlich als kognitives Erarbeiten von Funktionszusammenhängen einer (parlamentarischen) Demokratie im Geschichts- oder Weltkundeunterricht ab. Service Learning bietet auf diesem Gebiet neue Wege an.

Seit November 2002 beteiligen sich 50 SchülerInnen aus drei 7. Klassen für ein Schuljahr am Service Learning. Sie verrichteten in diesem Zeitraum 450 Dienstleistungsstunden. Betreut wurden sie von sechs LehrerInnen. Im laufenden Schuljahr begann das Projekt in der ersten November-Woche und es beteiligen sich vier Klassen mit 72 SchülerInnen, betreut von acht LehrerInnen.

Zentral ist die Selbsttätigkeit der SchülerInnen: Individuell unterschiedlich an einem Nachmittag findet das Service Learning freiwillig für ein bis zwei Stunden statt. Jede SchülerIn hat eine „Stelle“. Diese Stellen sind entweder bei gemeinnützigen Trägern in der Nähe unserer Schule, z.B. bei der Arbeiterwohlfahrt, im Seniorentreff oder in der bezirklichen Kita, dem Seniorenheim in der Albestraße oder dem Verein Lesewelt e.V. in der Thomas-Dehler Bibliothek, dem Heimatmuseum, der interkulturellen Clearingstelle Xenos, der Stadtteil-VHS Crellestraße oder der Stadtteilbibliothek Schöneberg und in Einzelfällen auch bei bedürftigen Privatpersonen angesiedelt.

Die SchülerInnen erwerben wichtige Schlüsselqualifikationen, wie zum Beispiel sich verlässlich und verantwortungsvoll den übertragenen Aufgaben zu widmen. FOTO: CHRISTINE ALBERT

Nutzen für alle Seiten

Die Arbeiten, die unsere Schüler übernehmen, nützen allen Seiten. Zum Beispiel den älteren Menschen, die sich über Jugendliche freuen, die sie beim Einkaufen unterstützen und mit denen sie noch einen Plausch machen können. Die Jugendlichen sind vielleicht zum ersten Mal intensiver mit älteren Menschen zusammen und knüpfen den Kommunikationsfaden zwischen den Generationen wieder neu. Oder es freuen sich Kinder in den hauptsächlich von Frauen betreuten Einrichtungen über die männlichen jugendlichen Helfer, die wie große Geschwister auftreten.

Die SchülerInnen sind im Durch-

schnitt 13 Jahre alt und gewinnen mit diesen Erfahrungen auch erste eigene Einblicke in die Berufswelt. Sie lernen also nicht nur, sich für die Gemeinschaft einzusetzen, sondern erwerben wichtige Schlüsselqualifikationen, wie zum Beispiel sich verlässlich und verantwortungsvoll der Erfüllung der übertragenen Aufgaben zu widmen. Das trifft besonders auf die Bereiche zu, in denen Menschen – seien es Kinder, Alte oder Behinderte – von ihnen abhängig sind. Hiermit lässt sich eine zentrale schulische Aufgabe erfüllen, nämlich die des konkreten Demokratie Lernens. Empathie, Solidarität und soziales Engagement sind zentrale Voraussetzungen für demokratisches Handeln. In der Schule werten wir einmal in der Woche in zwei Schulstunden die in der vergangenen Woche gemachten Erfahrungen aus. Wir sprechen über die wöchentlich erfolgten Eintragungen ins Lerntagebuch, tauschen uns über Erlebnisse aus, die nicht selten emotional berührend sind und aufgearbeitet werden müssen. Die schriftlichen Eintragungen werden auch im Deutschunterricht wieder aufgegriffen, indem an diesen Texten weiter gearbeitet wird. Allerdings strahlen die gemachten Erfahrungen auch auf andere Schul- und Lebensbereiche aus: Sie erleben sich als ernst genommene Mitglieder der Organisation, in der sie tätig sind, und schöpfen daraus Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. In einer Online-Beratungsagentur werden einige Schüler mittels Internet auf Nachfrage die gewonnenen Erfahrungen weitergeben und interessierte Schulen beraten. Außerdem werden sie versuchen, neue Stellen zu akquirieren.

Kollektive Fehlsichtigkeit

Ein Phänomen an unseren Schulen, von unserer Gesellschaft ignoriert und mit der Brille „behandelt“.

von Almuth Klemm, Grundschul- und Sehlehrerin

Jeder zweite Deutsche trägt eine Brille. Nach der Studie des Kuratoriums Gutes Sehen ist der Anteil der Brillenträger in Deutschland in den vergangenen drei Jahren erneut angestiegen. Insgesamt tragen derzeit 63 Prozent der erwachsenen Bundesbürger eine Brille. Davon sind 39,4 Millionen Erwachsene ab 16 Jahren und 1,6 Millionen Kinder. Kontaktlinsen tragen der Studie zufolge derzeit 2,4 Millionen Erwachsene. Vor allem der Anteil der Brillenträger im Schulalter ist in den 50 Jahren seit Beginn der Umfragen überdurchschnittlich angestiegen. Thomas Nosch, Präsident des Zentralverbandes der Augenoptiker, stellte fest, dass 29 Prozent der 18 bis 29 Jahre alten Bundesbürger ständig oder gelegentlich eine Brille tragen, dagegen waren es vor 50 Jahren erst 13 Prozent.

Alte Glaubenssätze wie: Da ist nichts zu machen! Das ist vererbt! Es ist unheilbar! verstärken unsere bisherige gesellschaftlich gewohnte Sichtweise. Sehverschlechterungen mit zunehmendem Alter, ein unentrinnbares Schicksal in unserer computerdiktierten Zeit? Wer sich aufmerksam in unseren Buchläden in der Abteilung alternative Gesundheit umschaut, entdeckt herausfordernde Titel wie: Spielend besser sehen für Kinder, Nie wieder Brille, Augentraining bei Weitsichtigkeit, Augenfitness am Computer..., die Literaturliste ist lang. Als Sehlehrerin seit 1997 bin ich immer wieder erstaunt über die Vorbehalte und das Misstrauen gegenüber der in diesen Büchern dokumentierten Selbsthilfemethode.

Der 1931 verstorbene Pionier dieser Methode ist Augenarzt Dr. Bates aus New York. Er wollte nicht länger nur Sehhilfen verschreiben. R. Kaplan aus Kanada/Wien, J. Liebermann, L. Scholl, Meir Schneider, John Selby aus den USA, W. Hetcher-Rosenbauer und viele andere haben über Jahrzehnte mit persönlichem Engagement die Methode weiterentwickelt und erstaunliche Erfolge bei Klienten dokumentiert. Die 18. internationale Konferenz für ganzheitliches Sehen fand gerade im Oktober 2003 in Zürich statt. Auf diesen jährlich weltweit organisierten Sehlehrerkonferenzen traf ich auf viele alternativ denkende Augenärzte und Optiker.

Sehverbesserungen ohne Brille

Menschen können ein Bewusstsein für ihre Augen entwickeln, die heutzutage durch den täglichen Gebrauch von Computern und ein Überangebot an Lesestoff einseitig belastet sind. Sie können lernen, sich ganzheitlich zu entspannen und entwickeln neue natürliche Sehgewohnheiten. Mit Sehspielen, guter Atmung und der Vorstellungskraft erreicht man häufig recht leicht erste Sehverbesserungen. In den letzten Jahrzehnten wurde die ursprüngliche Bates-Methode mit weiteren alternativen Heilmethoden verknüpft. Forschung und Suche gehen weiter, denn in der Arbeit zeigte sich, dass Sehen als ganzheitlicher Prozess anzusehen ist, der sowohl über Körperarbeit, die Beseitigung von Störfeldern im Körper, Lösung von emotionalen Blockaden sowie eine ausgewogene Ernährung beeinflussbar ist.

Sehen: ein kostbares Gut

Wir leben in einer Zeit, wo mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung von teuer zu bezahlenden Sehhilfen abhängig ist, wo Augenkrankheiten wie Grüner Star, Grauer Star, Netzhauterkrankung bei älteren Menschen epidemieartig zuzunehmen scheinen. Ein Zusammenhang von diesen Augenerkrankungen mit dem oft jahrzehntelangen extensiven Tragen von Sehhilfen wird vermutet. Die traditionelle Medizin bietet Brillen bzw. in schweren Fällen die Operation an. Ab 2004 werden Brillen für über 18-jährige von den gesetzlichen Kassen nur noch bei schweren Fällen von „Fehlsichtigkeit“ erstattet. Eine weitere Hiobsbotschaft zum Thema Sehen? Oder könnte es gar der Anfang von einem bewussteren Umgang mit uns selbst, mit unseren Augen sein? Es könnte ein Anfang werden zu einem Umdenken bezüglich dieses unseres kostbaren Gutes, unserer Fähigkeit klar zu sehen!

FOTO: MICHEL

Wenn's brennt...

Soziale Brennpunkte gibt es viele in Berlin. Hier muss Schule mehr sein, als eine herkömmliche Lehranstalt. Was fordert die GEW?

Landesdelegiertenversammlung

Wo es hässlich ist, fühlt sich niemand wohl. FOTO: MICHEL

Soziale Brennpunkte werden gemeinhin als „schlechte Wohnlagen" oder Gebiete mit „überforderten Nachbarschaften" bezeichnet. Dort wohnen besonders viele Arme, Arbeitslose, Ausländer, alte Menschen und Alleinerziehende. Familien leben mit ihren Kindern häufig in engen und kleinen Wohnungen. Für die Kinder sind nur wenige geschützte Spiel-Räume vorhanden. Deutsche und überproportional viele nichtdeutsche Kinder wachsen dort in einer insgesamt anregungsarmen und sogar schädigenden Umgebung auf. In diesen Stadtteilen fallen Kinderarmut und benachteiligende Bildungsstrukturen räumlich zusammen.

Auswirkungen auf Kinder

An diesem Umfeld leiden viele Kinder und das zeigen sie in den Schulen. Sie sind unruhig, unkonzentriert und auch aggressiv, andere wiederum sprachlos und introvertiert. Schulen in sozialen Brennpunkten stellen somit einen Kristallisationspunkt der Entwicklung im Wohnumfeld dar. Dort werden die Konsequenzen gesellschaftlicher Veränderungen sichtbar. Demzufolge müssen sich die LehrerInnen im Unterricht vordringlich mit den Auswirkungen psychosozialer Verelendungstendenzen sowie mit Spannungen und Aggressionen zwischen den Kindern befassen und können sich erst danach um die Durchführung des Unterrichts bemühen. Allein durch schulische Maßnahmen können die Auswirkungen sozialer Herkunft, eines Migrationshintergrundes und eines schlechten sozioökonomischen Umfeldes nicht kompensiert werden. Deshalb ist eine veränderte Stadtentwicklungspolitik notwendig, die soziale Segregation verhindert bzw. rückgängig macht und ein besseres schulisches Umfeld schafft.

Die PädagogInnen unterrichten unter erschwerten Bedingungen und müssen einen erweiterten Erziehungs- und Bildungsauftrag umsetzen, der erhebliches Wissen vom außerschulischen Lebensumfeld jeder/s einzelnen SchülerIn voraussetzt. Gerade benachteiligte SchülerInnen müssen Kompetenzen erlernen, die es ihnen ermöglichen, sich eigenaktiv und selbstregulierend mit Lerninhalten zu befassen. Dafür entwickeln viele LehrerInnen individualisierende Lehr- und Lernmethoden, gestalten ein mitwirkungsoffenes Schulleben und pflegen außerschulische Kontakte zur Jugendhilfe und in den Stadtteil.

Schulentwicklung muss her

Grundschulen brauchen besondere Hilfen bei der Erarbeitung eines Profils, das die Entwicklung schulischer Qualität mit kompensatorischen Hilfen verbindet, denn sie sollen für alle Kinder im Einzugsbereich attraktiv sein. Deshalb sind entsprechende Ressourcen des LISUM auf diese Schulen zu konzentrieren. Kinder in sozialen Brennpunkten erhalten im Elternhaus häufig weniger intellektuelle Anregungen. Nicht nur für die 5. und 6. Klassen (wie jetzt durch WUV), sondern auf allen Klassenstufen sollen zusätzliche Neigungs- und Interessengruppen eingerichtet werden.

Oberschulen sollen Angebote für alle Schulabschlüsse einschließlich Abitur ohne Schulwechsel machen können. Es darf keine schulischen Sackgassen geben. Dazu sollen gemeinsame Prozesse der Schulentwicklung benachbarter Schulen eingeleitet werden, die zu einer engen Kooperation dieser Schulen führen. Praxislernprojekte wie „Stadt als Schu-

le“ oder „Produktives Lernen“ sollen bedarfsgerecht angeboten werden.

Vor der Schule geht es los

Kinder brauchen schon vor der Schule zusätzliche altersgemäße Entwicklungs- und Gesundheitsförderung. Auf Sprach- und Bewegungsentwicklung sowie gesunde Ernährung soll dabei besonderer Wert gelegt werden. Insbesondere das Interesse an der Schriftsprache soll geweckt und gefördert werden. Damit eine Förderung der Kinder aus belasteten Familien möglichst früh einsetzen kann, muss der Kitabesuch in diesen Regionen kostenlos sein.

Multiprofessionelles Team

Kinder und Jugendliche brauchen PädagogInnen, die mehr Zeit für sie haben. Diese Zeit wird auch für Tätigkeiten, die sich nicht direkt auf den Unterricht beziehen, gebraucht. Aus diesem Grund muss die Lehrerarbeitszeit anders bewertet und organisiert werden.

Um den komplexen und anspruchsvollen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen PädagogInnen in ihrer Ausbildung bzw. Fortbildung mit den aktuellen wissenschaftlichen und didaktischen Ansätzen für eine Arbeit mit sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen vertraut gemacht werden. Die Qualifikation gerade der PädagogInnen, die in sozialen Brennpunkten unterrichten, muss besonders hoch sein. Systemische Fortbildung, die sich an den Bedürfnissen der Einzelschule orientiert, muss bedarfsberecht angeboten werden. Die Schulen sollen Einfluss auf die Personalauswahl haben. Alle diese Schulen brauchen ein Team aus sozialpädagogischem Personal und PsychologInnen, die vor Ort zur Beratung und Unterstützung zur Verfügung stehen. Jede Schule braucht eine regelfinanzierte Einrichtung der Jugendhilfe, z.B. Schülerclub oder Schulstation.

Kleine Klassen

In Grundschulen sollte – beginnend im Schuljahr 2003/2004 – die Richtfrequenz in den Vorklassen auf 12 und in 1. Klassen auf 18 gesenkt werden. In sozial benachteiligten Gebieten findet der gemeinsame Unterricht von SchülerInnen mit und ohne Behinderung unter erschwerten Bedingungen statt. In den Lerngruppen häufen sich oftmals Kinder mit Problemen und es fehlen in manchen Klassen Vorbilder für Lernfreude und Leistungsvermögen. Aus diesem Grunde brauchen die Schulen eine höhere Stundenzuweisung für den gemeinsamen Unterricht, insbesondere dann, wenn sie verlängerte Lernzeiten anbieten.

Gegen Gewalt

In sozialen Brennpunkten benötigen die Kollegien Konzepte, die Teambewusstsein und ein einheitliches pädagogisches Handeln gegen Gewalt befördern. Dazu gehören klare Grenzsetzungen gegenüber verbalen, psychischen und physischen Übergriffen ebenso wie die Vermittlung konstruktiver Konfliktbewältigungsstrategien. Dabei kann auf bewährte Konzepte wie Mediation oder Konfliktlotsenausbildung zurückgegriffen werden; soziales Lernen muss aber Sache des gesamten Kollegiums werden.

Den ganzen Tag

Alle Grundschulen sollten in einem ersten Schritt vom kommenden Schuljahr an: Verlässliche Halbtagsgrundschulen werden. Schrittweise sollten sie dann in Ganztagsgrundschulen überführt werden. Ebenso sollen auch alle Oberschulen zu Ganztagsschulen entwickelt werden. Diese Schulen unterbreiten Angebote im sportlichen und künstlerischen Bereich in Zusammenarbeit mit freien Trägern, Nachbarschaft, Eltern, aber auch zusätzliche Lern- und Arbeitsmöglichkeiten wie Bibliotheken, freie Computernutzung, Werkstätten.

Internationales Miteinander

Die Schulen sollen den Neigungen und Interessen einer international zusammengesetzten Schülerschaft Rechnung tragen. Sprache und Kulturen der Kinder müssen anerkannt und in den Unterricht einbezogen und die Rahmenpläne daraufhin entsprechend umgestaltet werden. Von besonderer Bedeutung für die Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung sowie für den Schulerfolg ist die Einbeziehung der Muttersprache. Daher sollen Schulen neue Möglichkeiten der Einbeziehung erproben können. Dazu bedarf es einer gesonderten Fortbildungsinitiative. Für Schulen im sozialen Brennpunkt soll in besonderem Maße für die Ausbildung und Einstellung von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften mit anderen Erstsprachen als Deutsch geworben werden. DAZ darf nicht auf den Deutschunterricht oder auf einzelne Kurse beschränkt sein. DAZ ist Unterrichtsprinzip selbst im Fremdsprachenunterricht! Dies ist auch bei der Lehreraus- und -fortbildung zu berücksichtigen.

Der große Sprung nach vorn. FOTO: MANFRED VOLLMER

Gepflegtes Schuloutfit

Gerade in problematischen und tendenziell verwahrlosten Wohnumgebungen müssen die Schulen den Kindern und Jugendlichen eine gepflegte und ästhetisch ansprechende Umgebung bieten, um ihnen damit auch Würdigung und Wertschätzung entgegen zu bringen. Der Lebensraum Schule muss positive Ausstrahlungen haben.

Gesunde und leckere Ernährung. FOTO: MICHAEL SEIFERT

Body and Soul

Kinder in solchen Gebieten ernähren sich oft unzureichend oder ungesund. Deshalb soll allen Verlässlichen Halbtagsgrundschulen von Anfang an sächlich und personell die Möglichkeit eingeräumt werden, ihren Kindern ein Frühstück und ein warmes Mittagessen anzubieten. Dies kann auch durch Kooperationsvereinbarungen mit freien Trägern erfolgen. Grundschulkinder brauchen in besonderem Maße Sport und Bewegung. Dies sollte durch zusätzliche AG-Stunden und durch eine Zusammenarbeit mit nichtschulischen Trägern (z.B. Zielvereinbarungen mit Sportvereinen) so ermöglicht werden, dass im Grundsatz eine tägliche Bewegungsstunde eingerichtet werden kann.

Kultur, Kultour

Die Familien haben oft weder den Anspruch noch die Möglichkeiten, ihren Kindern ausreichende Anregungen zu musischen und künstlerischen Tätigkeiten zu geben. Daher gehört es zu den Aufgaben der Schulen, den Kindern verstärkt Möglichkeiten zu bieten, sich schöpferisch zu betätigen, ästhetisches Empfinden und Einfallsreichtum zu entwickeln. Durch das Umsetzen eigener Ideen können die SchülerInnen zu Erfolgserlebnissen und neuen Problemlösungen finden. Musikinstrumente müssen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden ebenso wie Sachmittel für Kunst- und Theaterwerkstätten. Sowohl sportliche als auch kulturelle Anregungen werden den Kindern durch die Eltern nicht in ausreichendem Maße geboten. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit freien Trägern für ein ergänzendes Angebot sinnvoll, wenn dabei pädagogische Kontinuität sichergestellt werden kann. Außerschulische Lernorte sollen einbezogen und die notwendigen Transportkosten zur Verfügung gestellt werden.

Leseratten

Um den SchülerInnen aus „bildungsferneren“ Familien den Zugang zum Lesen zu erleichtern und Motivation zum Umgang mit Literatur zu schaffen, sollen gut und altersgemäß ausgestattete Bibliotheken an jeder Schule eingerichtet werden.

Interessierte Eltern

Kinder brauchen Eltern, die mit der Schule zusammenarbeiten. Gemeinsam können die regionalen Beeinträchtigungen wirkungsvoller bekämpft werden. Sprachbarrieren, Ängste und Vorbehalte halten aber viele Eltern von der Schule fern. Um diese Hürden zu beseitigen, soll die Schule in den Stand versetzt werden, sprachliche Verständigung möglich zu machen und auch für Eltern Deutschförderung einrichten zu können. Durch Vernetzung mit sozialen Diensten sollte die Schule Eltern bei der Bewältigung ihrer Probleme unterstützen, damit sie sich den Belangen ihrer Kinder leichter zuwenden können. Die Schule muss ein Ort werden, an dem Eltern auch ihre Kompetenzen im Rahmen des Unterrichts und bei außerunterrichtlichen Angeboten einbringen können.

Hilfen für Eltern

Für Kinder bzw. für ihre Familien besteht oft in besonderem Maße die Notwendigkeit, Hilfen von öffentlichen und privaten Trägern (Familienhilfe, Erziehungsberatung, Therapie etc) in Anspruch zu nehmen. Deshalb sollte der Planungsraum der Jugendhilfe mit dem Schuleinzugsbereich übereinstimmen. Außerdem sollten VertreterInnen aus den Schulen an sozialraumbezogenen Arbeitsgruppen teilnehmen, um die dort gewonnenen Informationen an ihre Schulen weitergeben zu können. Die Teilnahme an solchen Runden muss verbindlich sein und im Rahmen der Arbeitszeit stattfinden.

Von der Schule ins Leben

Um den oftmals erschwerten Übergang in den Beruf zu erleichtern, soll das Lernen in lebensnahen Projekten in der Sekundarstufe I verstärkt gefördert werden. Dafür müssen Schulen die personellen und sächlichen Mittel erhalten, um MitarbeiterInnen z.B. aus dem handwerklichen Bereich für diese Aufgaben zu beschäftigen. Im Laufe der Sekundarstufe I sollen Jugendliche mehrfach die Möglichkeit erhalten, durch Betriebspraktika einen für sie geeigneten Beruf zu finden. Die Kooperation zwischen dem Arbeitsamt, der Jugendhilfe und der Schule muss fest etabliert werden. Für jede Schule soll es feste Ansprechpartner geben. Die Schule ihrerseits hat eine/n Fachfrau/mann für den Übergang ins Berufsleben, die/der Ansprechpartner für Arbeitsamt, Jugendhilfe und die über die Jugendhilfe finanzierten freien Träger ist. Allen benachteiligten Jugendlichen mit schwachen kognitiven Leistungen soll die Möglichkeit einer theoriereduzierten Ausbildung geboten werden. Jeder Jugendliche (nicht nur in sozialen Brennpunkten) soll nach Beendigung der Pflichtschulzeit Anspruch auf einen Ausbildungsplatz haben, der ihm staatlich garantiert wird!

Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen eine besonders gute Ausstattung und öffentliche Anerkennung!

Im Casting-Fieber

von Gabriele Frydrych

Ich kann morgen das Diktat nicht mitschreiben, ich hab' ein Casting!" Lisa hält mir triumphierend ihre Entschuldigung vor die Nase. Etwas unsicher stimme ich zu. Ein Casting? Die kleine, pummelige Lisa? Was hat sie, was ich nicht habe? Jetzt weiß ich es. Eine zielstrebige Mutter, die sie von einem Casting zum nächsten chauffiert. Lisa hat mittlerweile einen eigenen Agenten. Das lohnt sich auch bei Fruchtjoghurt-Reklame und einer Nebenrolle im Kinderfernsehen. Viele Stars haben klein angefangen! Sicherheitshalber lasse ich mir schon mal ein Autogramm geben. Lisas Aufsatzhefte hebe ich auch auf. Wenn später die Reporter erscheinen, bekomme ich wenigstens ein kleines Stück vom Ruhm ab. Ich hatte immerhin schon zwei Stars in meinen Klassen, die mir bewiesen haben, dass Schule relativ unwichtig ist. Der eine singt öffentlich und viel beachtet schaurige Lieder und begleitet sich dabei auf einer singenden Säge, die andere mimt bei RTL ständig die verführte Unschuld vom Lande (mit Berliner Akzent).

In einem Gespräch mit meiner 9. Klasse stelle ich fest, dass ich die Einzige bin, die noch nie bei einem Casting war (Lehrer haben nun mal keine Ahnung vom richtigen Leben! Das steht ja auch jeden Tag in der Zeitung...). Ein Mädchen hat als Baby Modefotos gemacht, ein anderes einen Werbefilm für die SPD gedreht – als glückliche Schülerin, die gerade in den Genuss der lange versprochenen Bildungsreformen kommt: Sie sitzt in einem hellen Klassenraum, zusammen mit zehn anderen glücklichen Kindern und vielen Grünpflanzen, und wird von einer blutjungen, strahlenden Lehrerin verwöhnt.

Meine Schüler sind auch bestens über alle Casting-Shows im Fernsehen informiert. Sie zählen mir jede Menge Details und Namen auf. Kein Wunder, dass im Hirn der Speicherplatz für Englisch-

Bin ich schön? FOTO: MEV

Vokabeln fehlt.... Geduldig erklären sie mir, wie man ein Daniel Küblböck wird. Sie streiten erbittert darüber, welche Teeny-Band beim Star-Wettrennen den Sieg verdient. Sie streiten immer noch, als ich längst meinen Unterricht über Dürrenmatts „Physiker" begonnen habe. Und hören erst auf, als ich die Augen zusammenkneife (= böser Blick) und meine Stimme eine Oktave höher schraube (= Keifhöhe). Die Schüler bringen selbst gebastelte Fotobücher mit, in denen alle Artikel und Bilder ihrer Möchtegernstars kleben – sorgfältigst und säuberlich beschriftet, wie ich mir Schulhefter immer vergeblich wünsche. In den Pausen werden mir singende Freunde aus den Parallelklassen präsentiert. Alle schauen mich erwartungsvoll an. Ich bin betreten und versuche tapfer, das zu überspielen. Was soll ich um Himmelswillen sagen, wenn mannshohe Knaben mit Fistelstimme süßliche Tremolos produzieren? Wie ihre berühmten Vorbilder dramatisch mit den Händen durch die Luft fahren? Soll ich es jetzt wie in einer richtigen Casting-Show machen? „Du singst, als ob du gleich in die Tonne kotzt!"*, sagt da die Jury. Oder: „Du stehst da wie eine festgetuckerte Fleischwurst!"* Als Lehrerin muss ich vorsichtig sein. Schon leiseste Kritik ruft beleidigte Mienen und zerknüllte Arbeitsblätter hervor. Und treibt empörte Eltern ans Telefon. Dabei würde ich manchmal schon gern sagen: „Du schreibst wie ein besoffenes Huhn." Oder: „Dein Aufsatz war nicht nur schlecht, sondern grottenschlecht." Oder: „Sing dieses Lied nie wieder!"*

Der Zeitgeist verblüfft mich, der Jugendliche zu solchen Castings strömen lässt. Klar, wir alle wollen reich und berühmt werden. Aber so? Da stehen Kinder tränenden Auges vor der Fernsehnation und hören sich masochistisch an, wie unterdurchschnittlich ihre Leistungen sind. Vielleicht packen Eltern und Lehrer die Jugendlichen viel zu sehr in Watte? Vielleicht sollten sie alle offen und brutal ihre Meinung sagen???

Die blamabelsten Casting-Auftritte werden übrigens zusammengeschnitten und wochenlang im Fernsehen vorgeführt. Jeder kann sich dabei ausschütten vor Lachen. Aber anscheinend ist es das Wichtigste, im Fernsehen zu sein – egal, wie. Als peinlicher Talkshow-Gast oder als quakender Sänger. Als trauriger Comedian oder als stocksteifes Model. Hauptsache, einmal nach den Sternen gegriffen. Im Fortbildungsverzeichnis habe ich gerade zwei Kurse gefunden, wie man als Lehrer seine Schüler richtig fürs Casting vorbereiten kann. Na sicher habe ich mich angemeldet. Vielleicht werde ich auf diesem Weg selber reich und berühmt! ■

** Alles Originalzitate aus „Deutschland sucht den Superstar". Von Dieter Bohlen. Angeblich unser nächster Bundespräsident!*

Die Zeit der einvernehmlichen Verhandlungen ist vorbei

Der Berliner Doppelhaushalt 2004/05 zementiert den Sozial- und Bildungsabbau.

von Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW BERLIN

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat in erster Lesung den Doppelhaushalt 2004/2005 behandelt. Darin sollen weiterer Sozialabbau und massive Kürzungen im Bildungsbereich festgeschrieben werden: Dieser Haushalt ist unsozial und bildungsfeindlich! Deshalb beteiligen sich die Gewerkschaften an einem breitem Bündnis der Stadt, das den Protest gegen diesen Haushalt organisiert – erste Beispiele für die Wirksamkeit des Bündnisses waren die Demonstrationen am 13. Dezember und am 15. Januar. Gleichzeitig haben wir eine Reihe von Gesprächen mit Abgeordneten initiiert, um sie mit den Forderungen zu konfrontieren, die die Menschen in dieser Stadt tatsächlich bewegen.

Die Kürzungen müssen weg

Die zusätzlichen Kürzungen in Höhe von 75 Millionen Euro, die den Universitäten auferlegt werden, müssen ebenso vom Tisch wie die Einführung von Studiengebühren. Es ist eine Unverschämtheit, wenn den DozentInnen der Volkshochschulen nach über einem Jahrzehnt verweigerter Lohnsteigerung (!) nun auch noch die Zuschüsse zur Kranken- und Rentenversicherung gestrichen werden. In den Schulen brauchen wir endlich die Rücknahme der skandalösen Arbeitszeitverlängerung. LehrerInnen dürfen nicht länger benachteiligt werden. Wir brauchen Neueinstellungen statt verordneter Arbeitslosigkeit für tausende junge Lehrkräfte. Im Kinder- und Jugendbereich müssen z.B. die Personalbemessungen eingehalten werden. Es darf zu keiner Einschränkung des Angebots und der Qualität kommen. Der beabsichtigte Rückzug des Staates aus den Kitas ist eine weitere Ungeheuerlichkeit.

Kurz: Wir wollen, dass die Kürzungen zurückgenommen werden und Bildung tatsächlich Priorität erhält. Bildungsausgaben sind keine Konsumausgaben, sondern Zukunftsinvestitionen. Sie müssen haushaltsrechtlich auch so behandelt werden. Wir verlangen daher von diesem Senat eine entsprechende Initiative im Bundesrat zur Änderung des Bundeshaushaltsrechts.

Ich gehe davon aus, dass es für diese Forderungen eine klare Mehrheit in der GEW gibt. Ich vermute aber, dass Senat und Abgeordnetenhaus nicht bereit sind, sich zu bewegen. Dieser Senat hat sich der herrschenden Politik des Bundeskanzlers widerspruchslos untergeordnet. „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von den Einzelnen fordern müssen." (Bundeskanzler Schröder, Regierungserklärung am 14.03. 03).

Getarnte Umverteilung

Die Strategie für diese als Modernisierung der Gesellschaft getarnte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben ist denkbar einfach. Das enorme Haushaltsdefizit der Stadt verlangt Kürzungen. Wegnehmen kann ich aber nur denen etwas, die sich nicht wirksam wehren können. Zahlen sollen ArbeitnehmerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, alte Menschen, Kranke, Blinde, Jugendliche und all die, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. LehrerInnen spielen dabei als schwarze Schafe eine besondere Rolle. An ihnen kann der Senat besonders gut zeigen, wie energisch er bereit ist, zu kürzen und zu sparen. Sollen die nur aufmucken...

Die Arroganz des Regierenden

Nach den vergangenen zwei Jahren muss man bilanzieren, dass wir mit unseren Protesten und Demos die politisch Verantwortlichen nicht erreicht haben. Das liegt auch mit an der selbstzufriedenen Arroganz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, die sich daraus speist, dass er keine Abstimmungspleite im Abgeordnetenhaus befürchten muss und darauf vertrauen kann, mangels Alternativen wiedergewählt zu werden.

Politik in der Hauptstadt Berlin. FOTO: MATHIAS THURM

Die Zeit der einvernehmlichen Verhandlungen ist vorbei. Ich behaupte, wir müssen andere, grundsätzlichere Wege beschreiten. Wie eine ganze Reihe Anderer auch, bin ich mittlerweile zu der Ansicht gekommen, dass dieser Senat abgewählt gehört! Wir brauchen wieder Politiker, die die Interessen der BürgerInnen wahrnehmen und ihre Entscheidungen daran orientieren. Die noch Regierenden werden der Bevölkerung und den Gewerkschaften noch in diesem Frühjahr die Frage beantworten müssen, für wen sie eigentlich Politik machen und wie sie soziale Gerechtigkeit definieren. Wenn es im März/April zur Verabschiedung dieses Haushaltes ohne große Änderungen kommt, werden wir im Bündnis mit vielen anderen sozialen Gruppen dieser Stadt einen Stadtpolitischen Kongress konstituieren. Wir werden unsere Forderungen und Perspektiven zusammentragen für eine Alternative zur vorherrschenden Politik. Unser Ziel ist es dabei, alle diejenigen zusammenzuführen, die in dieser Stadt an einer arbeitnehmerInnengerechten und sozialen Politik mitwirken wollen.

Diese Ziele machen wir auch deutlich bei Demonstrationen am 20. März

und europaweit am 3. April. Die Gewerkschaften rufen mit auf zu den von den europäischen Sozialbewegungen initiierten europaweiten Aktionen und Demonstrationen.

Vom Träumen wird niemand satt

Nach meiner Auffassung gehen wir Gewerkschafter dabei einen neuen und schwierigen Weg. Wir betreten Neuland. Wir sollten bereit sein, voran zu gehen und rufen zur Unterstützung auf: Macht mit bei den Diskussionen für einen Stadtpolitischen Kongress. Unterstützt die örtlichen Delegationen, Treffen und Diskussionen mit den Abgeordneten zu unseren Forderungen an den Haushalt. Ergreift selbst die Initiative für Diskussionen und Auseinandersetzungen. Helft mit bei der Vorbereitung der Demonstrationen.

Natürlich träume auch ich davon, dass sich bedeutende Kräfte im Abgeordnetenhaus an ihre eigentliche Verpflichtung erinnern und politische Entscheidungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung treffen. Doch von Träumen allein wird niemand satt.

AKTIV GEGEN SOZIAL UND BILDUNGSABBAU

Seit Dezember: Die Berliner DGB-Gewerkschaften schließen sich dem Anliegen des Berliner Bündnisses gegen Sozial- und Bildungsraub an und nehmen seine Konstituierung zum Anlass, den gewerkschaftlichen Widerstand in der Stadt gegen die unsoziale Politik zu koordinieren.

Januar/Februar: GewerkschafterInnen konfrontieren die Abgeordneten anlässlich der Haushaltsdebatte mit ihren Forderungen. Sie fordern in persönlichen Gesprächen klare Stellungnahmen der Politiker.

Januar bis April: Die KollegInnen in Schulen, Kitas und Hochschulen diskutieren die Forderungen und die Stellungnahmen aus den Fraktionen der Parteien. Sie beraten, ob sie sich mit der Situation „abfinden" wollen oder bereit sind, gemeinsam Widerstand zu leisten.

Februar bis April: Auf Betriebs- und Personalversammlungen werden die konkreten Auswirkungen des Doppelhaushaltes 2004/05 auf die ArbeitnehmerInnen der Stadt diskutiert.

April: Auf einer Berliner Betriebs- und Personalrätekonferenz werden die Ergebnisse der Diskussionen in den Einrichtungen sowie in den Betriebs- und Personalversammlungen zusammengefasst und über die notwendigen Schlussfolgerungen beraten. Es wird dort ebenso diskutiert, wie groß der Ärger und der Widerstandswille an der Basis ist, und welche Aktionsformen nötig und möglich sind.

07.-09. Mai: In einer Stadtpolitischen Konferenz beraten alle oppositionellen Kräfte der Stadt (Bündnisse und Gewerkschaften gemeinsam) über die Situation in der Stadt und konkrete Auswege aus der Krise. Dieser Kongress wird sich auch mit der Frage auseinandersetzen, ob diesem Senat die Geschicke der Stadt weiter überlassen werden können.

Zwei Bündnisse für ein Ziel

Die Gewerkschaften müssen sich jetzt bewegen

von Hartmut Schurig

Es ist Sonntag, der 30. November 2003. Ich fahre zu 18 Uhr in die Humboldt-Uni. Dort versammeln sich gut 150 BerlinerInnen. Sie stellen sich einander vor als Mitglieder des Berliner Sozialforums: Attac-Aktivisten, Studierende- und Schüler-VertreterInnen, VertreterInnen von Initiativen, die Stichworte wie Bürgerrechte, Menschenwürde, Bankenskandal, Linke, Sozialisten und Friedensbewegung im Namen tragen. Ich sehe auch Linke von der SPD und der PDS sowie Mitglieder und FunktionärInnen von Gewerkschaften.

In der Runde ist man sich schnell einig über die alle verbindenden Anliegen: eine andere Politik muss erzwungen werden, nur ein vereintes Bündnis aller oppositionellen Kräfte in der Stadt kann etwas bewegen. Es wird das „Berliner Bündnis gegen Sozial und Bildungsraub" gegründet und die Demo für den 13.12. verabredet. Ich habe das Gefühl, hier dürfen sich die Gewerkschaften nicht heraushalten. Nur mit dieser geballten Ladung kann – wenn überhaupt – die Senatspolitik auch im ureigenen Gewerkschaftsinteresse aufgeknackt werden. Die Erwartungshaltung gegenüber den Gewerkschaften ist hoch.

Seit diesem 30.11. treffen sich Bündnismitglieder jeden Sonntag jeweils 18 Uhr in der HUB. Die Motivation ist groß, jetzt an dieser Bewegung festzuhalten. Ich habe in diesen Tagen ungeheuer viele engagierte Menschen kennen gelernt und empfinde trotz der zusätzlichen zeitlichen Belastungen eine Bereicherung.

Ferien. Die kleine Erholungspause ist wirklich nötig und dennoch lasse ich das Bündnistreffen am letzten Sonntag des Jahres nicht aus. Die Protestvorbereitungen konzentrieren sich jetzt auf die Haushaltsberatungen am 29. Januar. Als die Protestvorbereitungen öffentlich werden, legt das Abgeordnetenhaus die Beratungen auf den 15. Januar. Kurzerhand werden auch die Proteste vorverlagert. Das setzt alle unter erheblichen Druck. Den Gewerkschaften gelingt es in dieser kurzen Zeit nicht, eine Mobilisierung zu organisieren.

Während der Feiertage gibt es erste Verabredungen zwischen DGB und Einzelgewerkschaften. Es wird der Wille deutlich, in dieser Phase den Widerstand unter den ArbeitnehmerInnen zu koordinieren. Der DGB-Arbeitskreis Berlin konstituiert sich – ein Pendant zum kurz zuvor gegründeten Berliner Bündnis. Am 6. Januar berät dieser Arbeitskreis das weitere. Es wird verabredet, den Senat mit klaren Forderungen zu konfrontieren. Unklarheit besteht über die Protestbereitschaft unter den KollegInnen.

Ein Berliner Kongress ist auch für die Gewerkschaften ein Zwischenziel im Mai. Ziel unserer Bemühungen muss jetzt das gemeinsame Vorgehen aller von Kürzungen Betroffenen gegen die Senatspolitik sein. Eine Solidarisierung von Gewerkschaften und Bündnissen, von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen, von Menschen mit „geregeltem" Einkommen und sozial Benachteiligten ist notwendig!

Das Selbstverständnis der GEW

Zentrale Aufgaben und Mittel gewerkschaftlicher Politik.

von der GEW-Betriebsgruppe des OSZ Banken und Versicherungen

In der blz (Nr. 11 und 12/2003) wurde die längst fällige Diskussion über die aktuelle Gewerkschaftspolitik begonnen. Hierbei schließen wir uns insbesondere dem Tenor der Beiträge der Kollegen der Loschmidt-Oberschule im November und des Kollegen Klemm aus Hamburg im Dezember an, die ausdrücken, was wir schon mehrfach gefordert haben: Es ist höchste Zeit, dass unsere Gewerkschaft ihre zentrale Aufgabe nicht mehr darin sieht, die Bildung zu retten, sondern ihre Mitglieder kollektiv darin zu unterstützen, gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen der Arbeits- und Berufsbedingungen zu wirken. Die inhaltliche Zusammensetzung der Dezember-Ausgabe von „Erziehung und Wissenschaft" ist ein bedrückender und ärgerlicher Beleg dafür, wie berechtigt der Vorwurf des Kollegen Klemm ist, dass (vielleicht vor allem?) die Bundes-GEW sich weit mehr um das Wohlergehen von Kindern und Schülern den Kopf zerbricht als um das Wohlergehen derjenigen, die sich in der Gewerkschaft (noch?) zur Vertretung ihrer Interessen als Arbeitnehmer organisiert haben.

Ziele gewerkschaftlicher Politik

Selbstverständlich sehen auch wir den Zusammenhang zwischen dem Wohlergehen der Schüler und einer möglichst guten Bildung für sie einerseits und unserer Arbeitssituation andererseits. Für bildungspolitische Ziele allerdings kann sich jede Kollegin/jeder Kollege in Parteien und sonstigen gesellschaftlichen Zusammenschlüssen engagieren; auch in der GEW können und sollen bildungspolitische Themen ihren angemessenen Platz finden. Wenn sie aber so sehr dominieren, dass die einfachen Mitglieder den Eindruck gewinnen, es ginge ihrer Gewerkschaft vor allem um die Steigerung des Arbeits-Outputs der Mitglieder, dann ist unseres Erachtens die Abkehr vieler Mitglieder bzw. ihr mindestens innerlicher Rückzug nicht verwunderlich.

Mittel gewerkschaftlicher Politik

Klaus Will weist in seinem Beitrag zur Dezember-Ausgabe der „blz" auf einen für uns sehr wichtigen Punkt hin, wenn er sagt, die Gewerkschaften hätten die Wende zur Mediengesellschaft verschlafen. Gerade LehrerInnen steht der Streik kaum als wirksames Druckmittel zur Verfügung, weil er – außer bei extrem langer Dauer – keine unmittelbaren ökonomischen Folgen auslöst. Daher muss die GEW die Öffentlichkeit durch Information und Aufklärung über die Arbeitssituation ihrer Mitglieder für ihre Anliegen sensibilisieren. Da mit wenigen gelegentlichen Ausnahmen die Medien schon lange unsere Arbeitssituation verzerrt darstellen, kann Aufklärung und Überzeugung in unserem Sinne derzeit nur über eine kommerziell gestützte, professionell ausgearbeitete und längerfristig angelegte Informations- und Imagekampagne erfolgen. Hierfür wären die bisherigen Plakate und sonstigen Publikationen der GEW ausdrücklich kein Maßstab. Denn wie der Kollege Will schreibt: Gute Argumente medienwirksam unter die Leute zu bringen, kann ein Gewerkschaftssekretär oder eine Vorsitzende nicht mal so nebenbei erledigen.

Eine solche Imagekampagne hat unsere Betriebsgruppe bereits 1993 beim Berliner Landesvorstand angeregt und erneut im November 2002 in der LDV beantragt, leider erfolglos. Wir hoffen aber weiterhin auf allmähliche Einsicht und darauf, dass in nächster Zeit doch noch ein Wandel des Selbstverständnisses unserer Gewerkschaft einsetzt. Denn wir sind durchaus der Überzeugung: Arbeitnehmer brauchen ihre Gewerkschaft!

REINHART BEHR IST TOT

Am 15. Dezember 2003, kurz nach seinem 75. Geburtstag, ist Reinhart Behr in Dänemark gestorben. Noch im Mai 2003 konnte er den Dank der GEW BERLIN für seine 50jährige Mitgliedschaft entgegen nehmen. Sein engagiertes Verhalten gegen die Berufsverbote, seine aktive Zeit als Abgeordneter für die Alternative Liste im Abgeordnetenhaus, sein Einsatz in der Friedensbewegung und seine konsequente Auseinandersetzung mit dem Faschismus stehen für sein politisches Wirken als undogmatischer und demokratischer Sozialist. In einer Feierstunde zu seinem Gedenken am 8. Januar im Beethoven-Gymnasium versammelten sich über 120 ehemalige KollegInnen, SchülerInnen, Freunde und politische Weggefährten. Christine Herholz, die Reinhart über 24 Jahre als Kollegin begleitet hat, erinnerte sich in ihrer Rede an die Zeit mit ihm. Wir zitieren einige Passagen: „Ich glaube, dass Du in den politischen und schulpolitischen Auseinandersetzungen bis zum Ende Deines Berufslebens den Geist dieser Schule sehr nachhaltig mit geprägt hast. Vor allem auch dadurch, dass Du nach Deinen eigenen Ideen auch gehandelt hast. (...) Du hattest mit Verwaltung nie viel im Sinn, sie war Dir im Grunde genommen ein Gräuel: aber Du warst einer der Erfinder der ‚Erweiterten Schulleitung' (ESL). Und ich könnte mir gut vorstellen, dass Deine Art, diese Idee dem kommenden Schulleiter vorzustellen, wesentlich dazu beigetragen hat, die ESL als eine Hilfe und nicht als ein Kontrollinstrument darzustellen. Sie lebt noch heute! Du warst ein Wortführer: einer der Vernunft! Ich denke, dass das, was Du da gesät hast, noch heute von jungen KollegInnen an dieser Schule geerntet wird, die Dich nicht einmal mehr dem Namen nach kennen können. Als ich mich an anderer Stelle für heute Abend entschuldigte, bei einem ehemaligen Schüler der Schule, der inzwischen schon über Mitte Dreißig ist, und den Grund nannte, sagte er: ‚Ach, Behrchen!' Das klang liebevoll."

Christine Herholz/Michael Retzlaff

Unter der Adresse http://home.t-online.de/home/hasso.b.manthey/start.htm können Freunde u. Interessierte mehr über die Werke und den außergewöhnlichen Menschen Reinhart Behr erfahren.

Chaos hoch drei

Schulsenator Klaus Böger hält an seiner unsinnigen Regelung für die zwei freien Tage fest: das Chaos in den Schulen ist vorprogrammiert.

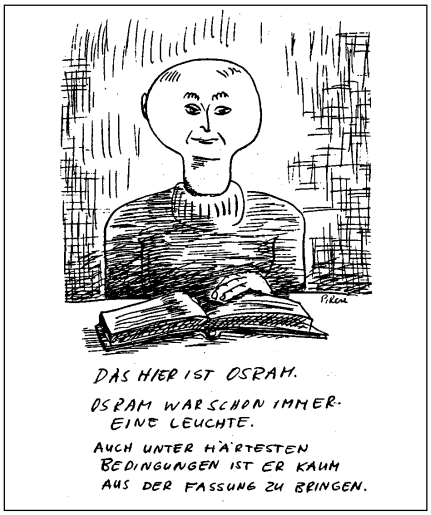
FOTO: PRIVAT

Ilse Schaad, Leiterin des Referates A

Alle Proteste haben nichts genützt: Bildungssenator Böger hat Anfang der Woche – hoffentlich noch nicht endgültig – entschieden, dass alle Lehrkräfte die ihnen zustehenden zwei freien Tage in diesem Schuljahr individuell nehmen müssen. Berlinweit hat das zur Folge, dass bis zu den Sommerferien alle 30.000 Lehrkräfte zwei Tage (macht 60.000 Tage) frei nehmen müssen. Es ist anzunehmen, dass die Lehrkräfte Tage frei nehmen wollen, an denen sie auch unterrichten müssen. Somit kann man pro Tag 6 Unterrichtsstunden anrechnen: macht 360.000 Unterrichtsstunden. Lehrkräfte, Eltern, Schulleitungen, Gesamtkonferenzen, Schülerinnen und Schüler, ja sogar die Schulaufsicht und die Schulverwaltung haben vor einem Vertretungschaos und vor massivem Unterrichtsausfall gewarnt und den Schulsenator gedrängt, eine vernünftige Lösung zentral zu treffen – ohne Erfolg. Mutig hat der Schulsenator das Argument verteidigt, es dürfe nicht zu einer Beeinträchtigung des Bildungsangebotes für die Berliner Schülerinnen und Schüler kommen. Die jetzige Regelung führt allerdings zu mehr Bildungsverlust in der Berliner Schule als dies bei einer zentralen Regelung der Fall gewesen wäre.

Die beiden freien Tage sind verordnet worden als Ausgleich dafür, dass die Pflichtstundenerhöhung für Lehrkräfte – anders als bei den Landesbeamten und -beamtinnen – nicht zurückgenommen wurde. Das heißt, die beiden Tage sind durch wöchentlich zwischen 0,5 und 4 Pflichtstunden Mehrarbeit von jedem einzelnen Lehrer bereits erarbeitet worden. Werden die beiden freien Tage individuell genommen, müssen die an der Schule zurückbleibenden Lehrkräfte die Abwesenden vertreten – müssen also durch zusätzlichen Vertretungsunterricht ihre eigene Freistellung noch einmal erarbeiten. Das ist Betrug!

Täglich beglückt der Bildungssenator



über die Berliner Presse die staunende Öffentlichkeit mit neuen Erklärungen, warum er bei dieser unsinnigen Entscheidung bleibt. Mal argumentiert er, sie könne aus rechtlichen Gründen nicht mehr rückgängig gemacht werden, weil einzelne LehrerInnen ihre zwei freien Tage bereits genommen hätten und auf diese Weise in den doppelten Genuss der freien Tage kämen. Andere KollegInnen, so die Argumentation des Bildungssenators, könnten dann wegen Ungleichbehandlung vor Gericht gehen. Das ist natürlich Unsinn.

Am 9. Januar 2004 überraschte er mit neuen – leider nicht sinnvolleren – Erklärungen: Die Ferienordnung hätte für eine zentrale Festlegung geändert werden müssen. Dies sei so schnell nicht möglich gewesen und man könne die Ferien nicht einfach verlängern. Dass dieses Argument an den Haaren herbeigezogen ist, ist schon daran erkennbar, dass in der Vergangenheit regelmäßig aus „übergeordneten Gründen“ (deutsches Turnfest, Kirchentag, Besuch der englischen Königin) freie Tage festgelegt wurde. Ganz davon abgesehen, dass gemäß AZVO diese beiden freien Tage gar keine Ferientage sein dürfen. Der Wortlaut der AZVO ist eindeutig: der Freistellungsanspruch bezieht sich auf Unterrichtstage. Die AZVO hat den Anspruch auf zwei freie Tage begründet und ist somit auch umzusetzen.

Schließlich bemüht der Bildungssenator auch noch die Situation der angestellten Lehrkräfte, die keinen Anspruch auf die zwei freien Tage hätten.

Formal ist dies zwar richtig, da die AZVO erst im Juli 2003 geändert wurde, gilt sie für angestellte Lehrkräfte, die seit dem Austritt des Landes Berlin aus den Arbeitgeberverbänden am 8.1.2003 nicht mehr unmittelbar tarifgebunden sind, nicht mehr. Bei der Anordnung der Präsenztage hat der gleiche Bildungssenator die Sache allerdings anders gesehen. Hier hat er sogar vor Gericht die Auffassung vertreten, dass die Präsenztage selbstverständlich für angestellte Lehrkräfte gelten. Beide Verordnungen sind nach dem Austritt aus dem Arbeitsgeberverband erlassen worden und könnten formal rechtlich keine Wirkung auf die angestellten Lehrkräften entfalten.

Sachlich allerdings ist die Verweigerung der beiden freien Tage für die angestellten Lehrkräfte Betrug hoch drei.

- Durch den Austritt aus den Arbeitgeberverbänden haben die angestellten Lehrkräfte im Unterschied zu den beamteten Lehrkräften die Potsdamer Tariferhöhung nicht erhalten.
- Da die Pflichtstundenerhöhung einen Tag vor dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband verfügt wurde, haben die angestellten Lehrkräfte die Pflichtstundenerhöhung ebenfalls hinnehmen müssen.
- Die freien Tage als Kompensation für die Pflichtstundenerhöhung wird ihnen aber verweigert. Die angestellten Lehrkräfte haben ebenfalls eine erhöhte Arbeitszeit. Die beiden freien Tage müssen ihnen also im Wege der Gleichbehandlung auch gewährt werden.

Die GEW BERLIN hatte in zwei Schrei-

ben an die Schulleitungen empfohlen, dass Gesamtkonferenzen die Verantwortung für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb selbst in die Hand nehmen und sich verständigen, an welchen beiden Tagen sie die Schulen schließen wollen. Diese Tage sollten mit Schülern und Eltern abgestimmt werden. Nur so kann verhindert werden, dass an mehr als zwei Tagen faktisch kein ordnungsgemäßer Unterricht durchgeführt werden kann.

Bis zum Ende des Schuljahres verbleiben noch etwa 60 Schultage, wenn man Tage wie mündliches Abitur und ähnlich verpflichtende Unterrichtstage abzieht. Verteilt man auf diese 60 Tage die 60.000 Anspruchstage, kommen 1000 fehlende Lehrkräfte auf einen Tag – zusätzlich zu den 722 Dauerkranken und den ca. 1500 Lehrkräften, die wegen Krankheit, Abordnung und anderer dienstlicher Tätigkeiten täglich zu vertreten sind. Erfahrungsgemäß werden sich die Anträge der Lehrkräfte jedoch nicht gleichmäßig auf alle 60 Schultage verteilen, sondern es ist zu erwarten, dass es zu überproportionalen Häufungen an bestimmten Tagen vor bzw. nach den Schulferien kommt.

Hier soll nun nach dem Willen des Schulsenators die Schule entscheiden, welche Anträge genehmigt und welche abgelehnt werden. Damit wird der Arbeitsfrieden in den Schulen ganz erheblich gestört, denn sachliche Gründe für die Bewilligung des einen und die Ablehnung des anderen Antrages wird es nicht geben. Es wird also zu Auseinandersetzungen in der Schule, teilweise auch vor Gerichten kommen.

Die GEW BERLIN fordert den Berliner Bildungssenator auf, die Auseinandersetzung um diese beiden Tage zu beenden und die beiden Tage zentral festzulegen. Es ist kein Zeichen von politischer Größe oder Verantwortung eine Fehlentscheidung aufrecht zu erhalten, im Gegenteil: manchmal muss man sich eben korrigieren. Es ist nicht schlimm, einen Fehler zu machen. Nicht zu verantworten ist aber, zu wissen, dass man einen Fehler gemacht hat und schön, stark und mutig an ihm festzuhalten: Schön gegen die Wand gelaufen, stark davon abgeprallt und mutig wieder dagegen gelaufen.

Weitere Kürzungen in der Beihilfe

In Berlin kommt es zu überproportionalen Einschränkungen.

von Ilse Schaad

Die Bundesregierung hat die mit dem so genannten Gesundheitsreformgesetz in Kraft getretenen Änderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Beihilferegelungen übertragen. Damit sollen bis zu sechs Prozent der Beihilfeausgaben eingespart werden.

Folgende Kostendämpfungsmaßnahmen existieren in Berlin: Zuzahlung zu Medikamenten plus die Erhöhung der Zuzahlung ab 1. Januar 2004, Streichung von Wahlleistungen, Kostendämpfungspauschale zwischen 50 und 770 Euro pro Jahr. Der Bund und andere Bundesländer haben dagegen nur eine oder zwei der Kostendämpfungsmaßnahmen umgesetzt. Bei Arznei- und Verbandsmitteln, Hilfsmitteln (soweit keine Höchstbeträge festgesetzt sind) sowie Fahrkosten vermindern sich die beihilfefähigen Aufwendungen um zehn Prozent mindestens aber um 5 Euro, höchstens um 10 Euro, jedoch nicht mehr als die Kosten des Mittels selbst. Bei Krankenhaus- und Kuraufenthalten beträgt der Abzugsbetrag 10 Euro pro Tag. Dieser Abzugsbetrag ist bei Krankenhaus- und Anschlussheilbehandlungen auf höchstens 28 Tage jährlich begrenzt. Bei häuslicher Krankenpflege beträgt der Abzugsbetrag 10 Euro je Verordnung plus zehn Prozent der Gesamtkosten. Entsprechend der Praxisgebühr in der gesetzlichen Krankenversicherung wird für den Beihilfeberechtigen und seine Angehörigen jeweils ein Pauschalbetrag von 20 Euro pro Jahr abgezogen. Dieser Beitrag wird in Berlin nicht zusätzlich zur Kostendämpfungspauschale erhoben, sondern auf diese angerechnet.

Die Abzugsbeträge entfallen z.B. bei Kindern bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, bei Schwangeren, bei Vorsorgeuntersuchungen oder wenn beihilfefähige Höchstbeträge festgesetzt sind. Erreichen die Abzugsbeträge zwei Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens bzw. bei chronisch Kranken ein Prozent, entfallen sie ab diesem Zeitpunkt. Für Ehegatten und für Kinder werden bei der Berechnung des Einkommens Freibeträge abgezogen.

Leistungsausschlüsse

Für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel sowie für solche, die nicht mehr verordnungsfähig sind, entfällt die Beihilfe. Die Verschreibungspflichtigkeit wird künftig anhand einer Registriernummer (Pharmazentralnummer) erkennbar sein.

- Brillen sind nur noch für Kinder unter 18 Jahren bei schwerwiegenden Seherkrankungen beihilfefähig.
- Die Beihilfe zu den Bestattungskosten entfällt, ebenso die Beihilfe zur Säuglings- und Kleinkinderausstattung.
- Fahrtkosten zur ambulanten Behandlung sind nur noch ausnahmsweise beihilfefähig, Verlegungen zwischen Krankenhäusern nur noch aus zwingenden medizinischen Gründen.
- Ab 2005 sind Material- und Laborkosten für Zahnersatz nur noch zu 40 Prozent beihilfefähig (bisher 60 Prozent).

In Berlin wird weiterhin die Kostendämpfungspauschale erhoben. Sie ist fällig in jedem Kalenderjahr, „in dem ein Beihilfeantrag gestellt wird“ (§ 44 Landesbeamtengesetz). Wer in 2004 Rechnungen von 2003 mit einreicht, kann nur für das Jahr 2004 zu einer Kostendämpfungspauschale herangezogen werden. Für jedes berücksichtigungsfähige Kind vermindert sich die Pauschale um 35 Euro.

Widerspruch der GEW

Die GEW BERLIN hatte der Einführung der Kostendämpfungspauschale widersprochen und Klageverfahren eingeleitet, eine Entscheidung ist aber noch nicht ergangen.

Die GEW BERLIN hat den Senat aufgefordert, die Pauschale angesichts der Belastungen aus den neuen Beihilferegelungen wieder zu streichen. Gleichzeitig wurde der Senat aufgefordert, den Anrechnungsbetrag pro Kind von derzeit 35 Euro auf 60 Euro anzuheben. Dieser Betrag entspräche dem Betrag, der auch in Nordrhein-Westfalen angerechnet wird.

Schule des Lebens

Generationsübergreifendes Theaterspiel in den Berliner Schulen.

von Ursula Kohler, Theater der Erfahrungen

Frage einer Studentin an eine 14-jährige Schülerin: „Was hat dir denn gut an dem Theaterspielen mit alten Menschen gefallen?“ Antwort: „Dass die uns auch so ihre Erfahrungen weiter gegeben haben. Zum Beispiel, wenn wir Angst hatten, dann haben die uns gesagt: ‚Es passiert nichts.’ Und die hamm uns beruhigt, wenn wir jetzt … ich hab’ ja auch einen Satz vergessen,… dann hamm die auch gesagt: ‚Ist ja nicht so schlimm, weil das passiert jedem mal.’ Die haben einfach uns das schlechte Gewissen auch genommen – nach und vor der Aufführung.“

Die drei Altentheatergruppen vom „Theater der Erfahrungen“ (einer Einrichtung des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.) haben jeweils an einer Berliner Gesamtschule die Patenschaft für Theaterspiel übernommen. In einer ausgiebigen Workshop-Phase werden Improvisationen mit den Schülern ausprobiert und zu Szenen ausgearbeitet. Die Szenen der letzten Workshoprunde wurden vor großem Publikum im Saalbau Neukölln gezeigt.

Seit dem Pisa-Schock geht es neben der Diskussion um den Inhalt der Lehrpläne auch um die Frage nach sozialkultureller Bildung, bzw. darum, wie man Jugendliche im Ort Schule besser gesellschaftlich integrieren kann. Eine von der Robert-Bosch-Stiftung beauftragte Studie widmet sich dem Schulschwänzen. In Berlin hatten innerhalb von 100 Tagen 3,5 Prozent aller Schüler zwischen 20 und 40 Tagen blaugemacht – und so bald die Hälfte des Stoffes versäumt. Die Studie versteht Schwänzen als Hilferuf und diagnostiziert das Nebeneinander von Jugendhilfe und Schule als das Problem. „Während in angelsächsischen und skandinavischen Ländern die Schulen sich traditionell auch um soziale Belange kümmern, haben sie sich in Deutschland ihr Image als obrigkeitsstaatliche Paukanstalt bewahrt. Was die Kinder nachmittags treiben, geht die Lehrer nichts an, für Gespräche haben sie sowieso keine Zeit.“

Achtung: Senioren! FOTO: MANFRED VOLLMER

Nach dem vereitelten Anschlag rechtsradikaler Gruppen auf das geplante Jüdische Zentrum in München im vergangenen September ging ein Aufschrei auch durch die Bildungspolitik: „Was nützt es uns, dass wir uns mit Mathematik auskennen, wenn wir nicht miteinander umgehen können.“, so die Vorsitzende Richterin der Großen Jugendstraf- und Jugendschutzkammer Cottbus, Sigrun von Hasseln. Sie hat beobachtet, dass Jugendliche, die rechtsradikal motivierte Straftaten begehen, sich nicht oder kaum in andere Menschen einfühlen können und nur wenig von demokratischem Handeln und den Grundwerten der Gesellschaft wissen.

Im Klitzekleinen hat das Berliner Seniorentheater „Theater der Erfahrungen“ in den vergangenen Jahren Großes bewirken können, geht es darum, die Schule als Ort der Integration für Schüler zu stärken und Jugendliche in Sachen zivilgesellschaftlichem Umgang zu schulen. Denn der theatrale Austausch zwischen Alt und Jung trainiert nachhaltig die Soft Skills der Teenager.

Schon seit Anfang der Neunziger machen die Senioren vom „Theater der Erfahrungen“ mit Jugendlichen Theater, bereits drei generationsübergreifende Produktionen sind entstanden. Seit vergangenem Jahr ziehen die einzelnen

ANZEIGE

Theater der Erfahrungen: Die Spätzünder mit „Aber wir doch nicht“ FOTO: BARBARA SEYERLEIN

Altentheatergruppen in Berliner Schulen aus, um in regelmäßigen Workshops gemeinsam mit Schülern der siebten bis neunten Klassen Szenen zu erarbeiten. Die Themen geben die Schüler vor. Eine sehr gelungene Zusammenarbeit mit einem „Patenkind“ beschäftigte sich mit (Un)Gerechtigkeit und entwickelte beeindruckende Improvisationen zum Thema „Ohnmacht“. Der Name des intergenerativen Programms ist logischerweise „Schule des Lebens“. Die Finanzierung kommt von der Stiftung CIVITAS – einem Aktionsprogramm vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus.

Warum muten sie sich Senioren zwischen Mitte 50 und Anfang 80 pubertierende Kids zu? Sie wollen Kontakt zu Jugendlichen bekommen und sie möchten mit allen Altersgruppen zusammen sein können. Und gerade weil sie mit Schule schon seit Jahrzehnten nichts mehr am Hut haben, möchten sie sich an diesem Ort einbringen – weil dort eine fundamentale gesellschaftspolitische Grundsteinlegung passiert. Nicht nur alt und jung, sondern auch die Paarbildung „deutsche Rentner und Kinder von Migranten“ zeigt Brisanz – und birgt viel kreatives Potential in sich.

Sind alte Menschen mit im Spiel, gibt es für die Jugendlichen zunächst ein großes Problem: „Na, am Anfang, wo unsere Lehrerin gesagt hat, mit älteren Leuten, da dachten alle gleich: ja, die sind doch alt und so verschrumpelt, und die riechen immer nicht so gut und die können gar nichts, die haben nichts drauf und so.“ Aber dann treffen die Kids auf Theaterprofis, und genau mit dieser Energie können die Alten die Jungen aus der Reserve locken. Die Auseinandersetzung, die Jugendliche mit sich und ihresgleichen beim Theaterspielen eingehen, potenziert sich, wenn alte Leute mit von der Partie sind. Denn die Senioren bieten von Anfang an eine Reibungsfläche, sie haben völlig andere Erfahrungen und nicht zu vergessen: völlig andere Körper. Schließlich kann man zwischen Alt und Jung einen wunderbaren Rollentausch organisieren: „Ja, zum Beispiel, dass die Karla das Baby gespielt hat. Das konnte ich mir am Anfang gar nicht vorstellen, dass sie jetzt so was spielen kann. Ich dachte, die spielen jetzt nur die Oma oder die Mutter oder so was.“

Durch die Öffnung der Schule für alle Generationen und für außerschulische Kooperationen gewinnt sie an Identifikationspotenzial für ihre Schüler.

Mit dem aufgrund eines Ausländeranteils von 65 Prozent nicht ganz unkomplizierten „Patenkind“, einer Weddinger Gesamtschule, funktionierte die Zusammenarbeit am besten. Das war in erster Linie dem Lehrer zu danken, der als sehr zuverlässiger Kooperationspartner unterstützte, dass ein außerschulischer Träger an seine Einrichtung herantritt. Stichwort „Community Education“: Durch die Öffnung der Schule für alle Generationen und für außerschulische Kooperationen gewinnt die Schule an Identifikationspotenzial für ihre Schüler, sie wird ein Ort der Integration im jeweiligen Bezirk. Das gilt vor allem für Schulen in sozial schwachen Bezirken, die nur spärliche Freizeitangebote für Jugendliche bereithalten.

In erster Linie hängt die Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Rentnern und Schülern sehr stark davon ab, inwiefern die beteiligten Lehrer die Theaterarbeit gegenüber ihrem Kollegium bzw. innerhalb des Schulalltages vergegenwärtigen. Das „Theater der Erfahrungen“ hat auch schon Lehrer erlebt, die während einer Projektwoche vor allem durch Abwesenheit glänzten und ihre Arbeit bereitwillig den Theaterpädagogen überließen. Das ist natürlich nicht Sinn der Sache: Es geht nicht darum, Schülern für ein paar Stunden ein neues Hobby zu bescheren, sondern das theaterpädagogische Anliegen zwischen Alt und Jung möchte eine Struktur entfalten, angefangen bei der Einrichtung Schule bis hin zu den Ausdrucksmöglichkeiten der theaterspielenden Jugendlichen.

„Hat sich durch das Theaterprojekt deine Einstellung zu alten Menschen geändert?“ Antwort einer 14-jährigen Schülerin: „Also, ja, die hat sich verändert. Weil ich denke, da man sich jetzt besser kennt, also mit älteren Menschen, auch egal jetzt, wer es ist, dann, wenn man sich zum Beispiel irgendwo auf der Straße trifft, …früher war es so, dass dann, wenn irgendwas passiert ist, ist man dann weiter gelaufen und jetzt kann man ja helfen.“ Noch Fragen?

Wem würdest du ein Denkmal setzen?

Die Antworten von Schülern einer achten Realschulklasse und einiger Eltern mögen erstaunen.

von Gabriele Frydrych

Ich würde meiner Klassenlehrerin ein Denkmal setzen. Sie geht Tag für Tag pflichtbewusst ihrer Arbeit nach, die Schüler zu quälen und zu foltern. Sie tut das so gut, dass die Schüler schon starke psychische und physische Schäden vorweisen können. (Christoph, 14)

Albert Einstein, weil er die Relativitätstheorie begründet hat. Ich weiß zwar nicht, was das ist, aber es hört sich interessant an! Außerdem sieht er witzig aus. Er hatte zwar nur eine Vier in Mathe, aber dumm kann er nicht gewesen sein. Die Leute haben ihn einfach nicht verstanden, weil er so schlau war. (Gina, 13)

Ich würde **dem Chef von Nintendo** ein Denkmal setzen, weil er so geniale Spiele macht. (René, 14)

Hugh Hefner sollte man ein Denkmal widmen, weil er den „Playboy" erfunden hat. Er hat damit alle Männer der Welt beglückt. (Nijas, 15)

Dem, **der die erste Atomspaltung** durchgeführt hat. Das war etwas Großartiges! (Alexander, 14)

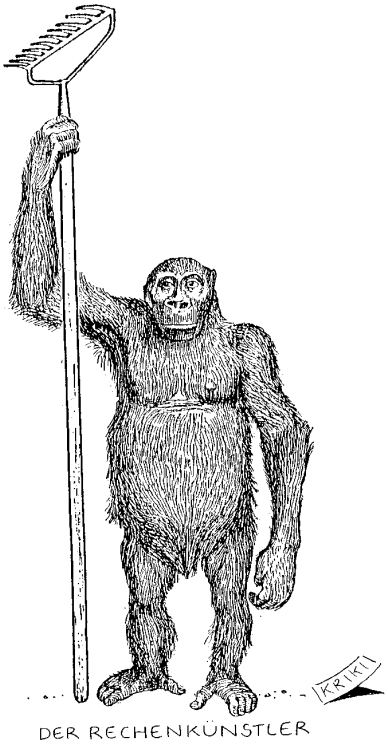
Mustafa Kemal Atatürk sollte ein Denkmal bekommen, weil er die Türkei gerettet hat.(Murat, 14)

Meiner Meinung nach sollten die **Bergarbeiter von Lengede** ein Denkmal bekommen für ihre Tapferkeit und Willenskraft. Auch für die Opfer, die dabei gestorben sind, sollte ein Denkmal errichtet werden. (Franziska, 14)

Jennifer Lopez sollte ein Denkmal bekommen. Sie ist ein großer Star, sie sieht gut aus und ist beliebt. Jeder mag sie! (Jennifer, 13)

Johannes Rau: Weil er seit über 20 Jahren in der Politik erfolgreich ist und weil er bei der Bevölkerung beliebt ist. Er sollte auch ein Denkmal erhalten, weil er einen großen Schritt in der Politik machte. (Marcel, 14)

Ein Denkmal für **den, der die amerikanischen Filme erfunden hat**! Weil die meistens total cool sind und Action haben. (Christopher, 13)



DER RECHENKÜNSTLER

Jackie Chan, weil er alle seine Stunts selber macht und seine Drehbücher selbst schreibt. Er hat großen Mut und hat sich schon fast alle Knochen gebrochen. Er hat es geschafft vom Zirkusclown zum Filmstar. (Tarek, 16)

Sarah Michelle Gellar: Ihr größter Erfolg war die Serie „Buffy". Sie hat extra dafür Taekwondo gelernt, das ist eine Kampfsportart. Viele Kinder können sich so besser verteidigen, weil sie auch damit angefangen haben. (Ramona, 13)

Meinem Opa. Er war immer so lieb zu mir, aber jetzt ist er leider tot, und ich wünschte mir, er wäre immer noch hier. (Laura, 13)

Antworten einiger Eltern

Che Guevara, weil er ein Demokrat, Sozialist und Revolutionär war. Er half in Südamerika armen Familien, war Arzt und hat auf der Welt etwas bewegt.

Mahadma Ghandi, weil er konsequent den Weg der Gewaltlosigkeit gegangen ist.

Mutter Teresa, weil sie sich selbstlos für die Armen in Indien einsetzte.

Die Eltern meiner Mutter verdienen ein Denkmal, weil sie immer ehrlich waren, anderen Leute finanziell geholfen und liebevoll für ihre eigenen Kinder gesorgt haben.

Das Vorbild meines Onkels ist **Picasso**, weil er ein berühmter Maler war. Er hat im Jahre 1937 eines seiner berühmtesten Bilder namens Guernica gemalt.

Die **Widerstandskämpfer des Nationalsozialismus**, weil ihr Einsatz viel Mut verlangte und Todesgefahr bedeutete.

Denzel Washington, weil er ein guter Schauspieler ist.

Meine Mutter hat als Vorbild **ihren Vater**, weil er sehr weise war, intelligent und klug.

Mein Vater hat **kein Vorbild**, weil alle Menschen zu selbstsüchtig sind.

Tina Turner. Sie hat in ihrem Leben viel erreicht, trotz ihres langen Leidenswegs während ihrer Ehe mit Ike Turner, der sie geschlagen hat.

Andrulla Branchette – eine Bodybuilderin. Sie strebte nach Perfektion und verwirklichte ihre Ziele durch unerbittliche Konzentration und Training.

Boris Becker. In jungen Jahren gewann er in Wimbledon. Er ist sportlich vorwärts gekommen und hat die Jugend dazu gebracht, auch diese Sportart auszuüben.

Abraham Lincoln: Er setzte sich für die Menschenrechte ein. Er hat für seine Überzeugung einen Krieg begonnen, um die Sklaverei zu stoppen.

Regine Hildebrandt. Sie hat die Frauen in die Politik gebracht.

Willy Brandt. Er hat sich für die Versöhnung mit dem Ostblock eingesetzt. Besonders hervorzuheben ist sein Kniefall in Warschau, womit er sich für das Unrecht der Deutschen entschuldigt hat.

Prinzessin Diana, weil sie Kindern und behinderten Menschen geholfen hat. **Green Peace**, weil sie sich für die Natur einsetzen.

Verhinderung des Bombodroms

Die GEW lädt ein zu einer Informationsfahrt in die Kyritz-Ruppiner Heide.

von der AG Friedenserziehung und Friedenspolitik

ILLUSTRATION: BÜRGERINITIATIVE

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN hat auf der Herbst-LDV im November 2003 folgenden Beschluss gefasst: „Die GEW BERLIN protestiert gegen die geplante Inbetriebnahme des 140 qkm großen Luftkriegs-Übungsplatzes – sog. Bombodrom – in der Kyritz-Ruppiner-Heide.

Die Mitgliedschaft der GEW BERLIN wird aufgerufen, die vielfältigen Protest- und Widerstandsaktionen von großen Teilen der einheimischen Bevölkerung durch eigene Beiträge aktiv zu unterstützen. Die verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrer im Oberstufenbereich der Berliner Schule werden aufgefordert, die Teilnahme an gewaltfreien Aktionen zur Verhinderung des größten europäischen Luft-Boden-Schießplatzes zu prüfen. Die Durchführung von naturkundlichen Exkursionen in die Region Wittstock, Kyritz, Rheinsberg wird empfohlen. Die AG Frieden der GEW BERLIN wird aufgefordert, bei der Herstellung von Kontakten zu örtlichen Widerstandsgruppen sowie bei der Organisation von Bahn- oder Busreisen koordinierend tätig zu werden.“

Bombodrom – was ist in Wahrheit geplant?

Die Bürgerinitiative Pro-Heide dazu:

- Die Bundeswehr will in der Kyritzer Heide jährlich 1.700 Luft-Boden-Übungen (Bombenabwurf) durchführen. Zu jedem Einsatz gehören jeweils fünf Anflüge der Düsenjets.
- Das Bombodrom wird von Flugplätzen aus Deutschland und der NATO-Partner angeflogen. Zur Zeit führt die Bundeswehr in Deutschland auf den bestehenden Übungsplätzen nach eigenen Angaben jährlich 1.400 Einsätze durch. Mit der Inbetriebnahme des Bombodroms will die Bundeswehr offensichtlich alle Schießübungen für das gesamte Bundesgebiet auf die Kyritzer Heide konzentrieren.
- Um eine Korridorbildung zu vermeiden, soll die gesamte Region gleichmäßig mit Tiefflügen überzogen werden.
- Es sind 240 Nachtflugeinsätze vorgesehen. Die Nachteinsätze werden montags bis donnerstags in den Zeiten von 30 Minuten nach Sonnenuntergang bis 23.30 Uhr geflogen. Die Einsätze sollen an 240 Tagen und 120 Nächten gebündelt werden.
- Tiefflugübungen im Platzanflug bis 30 Meter und über das Gesamtterritorium zwischen 150 bis 600 Meter Höhe, einschließlich aller Städte, außer Neubrandenburg.
- Des Weiteren sollen auf dem Übungsplatz Schießbahnen für Panzer und Artillerie eingerichtet werden.
- Hubschraubereinsätze werden geübt.
- In der Kyritzer Heide soll der absolut größte Luft-Boden-Schießplatz in Westeuropa entstehen!“

FAHRT ZUM BOMBODROM

Die AG Friedenserziehung und Friedenspolitik der GEW BERLIN lädt alle interessierten Kolleginnen und Kollegen ein zur Teilnahme an einer Tagesfahrt in die Kyritz-Ruppiner Heide am **Samstag, den 6. März 2004**

Verlaufsplanung

09.00 Uhr	Abfahrt mit dem Bus/Treffpunkt: OSZ-Verkehr, Dudenstr. 35-37
11.00 Uhr	Rundgang um das Gelände des geplanten Bombenabwurfplatzes
13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Gespräch mit VertreterInnen der Bürgerinitiative FREIeHEIDe
15.30 Uhr	Kaffee
16.00 Uhr	Rückfahrt nach Berlin

Kosten pro TeilnehmerIn: 10 Euro

Anmeldungen erbeten bis zum 27. Februar in der GEW-Geschäftsstelle.

Christian Giese, Jens Mondalski und Frank Engelhardt in dem Grips-Stück „Der Ball ist rund" – Ein Globalisierungskrimi für Menschen ab 10. FOTO: JÖRG METZNER

THEATERSTÜCKE KRITISCH GESEHEN

„Stones" im **Theater Strahl** arbeitet mit Rollensplittern, Musikfetzen und Handlungspartikeln auf einer ortlosen Gerümpelbühne; das ist virtuos und „interessant". Unklar ist mir, wie weit die Figuren bei den jugendlichen Zuschauern überhaupt ankommen, wie weit diese Inhalt und Thema aus den ständigen Sprüngen und Abweichungen zusammensetzen können. Es geht um Gewalt aus Langeweile, um die schwindende Fähigkeit, nicht nur Verantwortung für die eigenen Taten zu übernehmen, sondern sich überhaupt erst einmal für die Folgen des eigenen Tuns zu interessieren – also wichtige, komplizierte Probleme. Zumindest, denke ich, braucht ein Besuch eine intensive Nachbereitung (ab 14 Jahren).
„Zum Beispiel Harim oder: Kommt man dazu auf die Welt?" bei der **Roten Grütze** ist nicht einfach eine Gewalt-Geschichte aus der Sicht des Opfers , sondern eine sorglich-komplexe Rekonstruktion dieser Geschichte eines 17jährigen von heute aus der Sicht eines älteren Mannes, der zugleich zurückschaut auf sein Leben und seine eigenen Erfahrungen mit Gewalt – als Opfer UND als Täter. Das ergibt in Holger Frankes sprachlich und darstellerisch fein ziselierten Erzähltheater faszinierende Möglichkeiten, aus ganz unterschiedlichen Perspektiven auf das Problem zu schauen; es verlangt aber auch ein Publikum, das nicht nur zuschauen, sondern auch zuhören und vor allem mitdenken kann. Ideal also, wenn sich die Besucher mit dem Thema schon selbst befassen; ansonsten muss der Lehrer die Problematik intensiv vorbereiten (ab 15).
Bamah, das Berliner jüdische Theater macht qualitätsvolle Programme, gibt Einblick in jüdisches Leben (etwa „Shabath Shalom"), stellt wichtige Autoren (wieder) vor (etwa Lasker-Schüler, Heine, Singer). Die jüngste Inszenierung *„Die Chinesen kommen!"* ist leider nichts als eine platte Komödie, die ihren Witz aus der Umkehrung ziehen will: Ein Chinese in jüdisch(-amerikanischer!) Umgebung würde gern Jude sein. Mit Berlin hat das nichts zu tun; das Abgründige in der Vertauschung von Dominanz und Diaspora kommt nicht in den Blick; es bleibt bei einer blassen Theater-Chinoiserie. Schade.
Die **Berliner Kammeroper** ist bereit, das nicht mehr genutzte Hansa-Theater zu übernehmen; sie demonstriert Willen und Fähigkeit mit einer zumal musikalisch überaus gelungenen Aufführung der Barockoper *„Der verführte Claudius"* des Hamburger Komponisten Keiser. Mit sichtlichem Spaß

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Deutsche Akademie für Psychoanalyse DAP e.V.
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Dipl. Psych. G.v. Bülow, Supervisorin (BDP)
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Praxis Gestalttherapie
Individuelle Klärungshilfe und Therapie bei Suchtproblemen, für soziale Berufe auch bei Kaufsucht und Co-Abhängigkeit
Dipl.Pädagogin/Gestalttherapeutin(HPG)
Tel. 030/2 51 18 91,
www.suchtprozesse.de

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
ina.kaufmann@t-online.de

Praxis ILP
INTEGRIERTE LÖSUNGSORIENTIERTE PSYCHOLOGIE
Supervision und Trainings für Lehrerkollegien
Informationen und Anmeldungen unter Tel: 83 22 19 28

LEHRER-CONSULT
Service -Pool f. Lehrer
Konkrete Unterstützung im Schulalltag
- Arbeiten u. Korrekturen, Prüfungen u. Noten
- pädagogisch-didaktische Beratung

Coaching und Supervision
- Stressmanagement, Konfliktberatung

Dr. phil. Werner Leise, Tel. 692 57 70

KLINIK NIKOLASSEE
Private Fach-Akutklinik
Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist - Dipl. Psychologe
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Schlafstörungen
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Schwindelzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom

Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
24-Std. Akutaufnahmen! ☎ 803 09 10
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

wird gekonnt und stilgerecht musiziert, gut gesungen und zumindest ansehnlich gespielt. Also hingehen: Musikinteressierte SchülerInnen, insbesondere Leistungskurse Musik, sollten sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen. Persönliche Erfahrungen der TänzerInnen von Sasha Waltz werden in brillante, kurze Szenen übersetzt, funkelnd wie Edelsteine. Sie sind freilich kaum richtig anzusehen, weil als *„Insideout"* in der **Schaubühne** durcheinander gequirlt und hineingeworfen in eine chaotische Bühnenlandschaft mit frei beweglichem Publikum. Das ergibt (leider nur) interessante Augenblicke.

Hans-Wolfgang Nickel

THEATER

Grips Theater
Eins auf die Fresse: 10./11.2. jeweils um 10 Uhr.
Der Ball ist rund – Ein Globalisierungskrimi (ab 10): 11./12.2. und 16./17.2. jeweils um 10 Uhr; 14.2. um 16 Uhr.
Klamms Krieg (Schiller Werkstatt): 10./11.2. jeweils um 11 Uhr.
Klasse der Besten (Schiller-Werkstatt): 15.2. um 19.30 Uhr; 16./17.2. jeweils um 18 Uhr.
Ab heute heiß du Sara: 20.2. um 18 Uhr; 21.2. um 19.30 Uhr.
norway.today (Schiller Werkstatt): 23./24.2. um 18 Uhr.
Julius und die Geister (ab 6): 23./24.2. jeweils um 10 Uhr.
Baden gehen: 25. bis 29.2. jeweils um 19.30 Uhr.
Grips Theater, Altonaer Straße 22, 10557 Berlin, Tel. 397 47 477 oder 397 47 40 (Gruppen) oder www.grips-theater.de

Hans Wurst Nachfahren
Schneewittchen: 11. bis 13.2. jeweils um 10 Uhr; 14./15.2. um 16 Uhr.
Der kleine Muck (ab 5): 18. bis 20.2. um 10 Uhr; 21./22.2. um 16 Uhr.
Streit im Hof (ab 3) : 24./25.2. um 10 Uhr.
Der hässliche Riese (nach einem griechischen Märchen, ab 4) : 26.2. um 10 Uhr.
Die Salzprinzessin (frei nach Grimm, ab 4): 27.2. um 10 Uhr; 28./29.2. jeweils um 16 Uhr.
Hans Wurst Nachfahren, Gleditschstraße 5, 10781 Berlin, Tel. 216 79 25 oder www.hans-wurst-nachfahren.de

Fliegendes Theater
Der dreibeinige Hunde (4 bis 8): 10. bis 12.2. jeweils um 10.30 Uhr.
Die Mondtücher (nach F.K. Waechter, von 5 bis 10): 19.2. um 10.30 und 15 Uhr; 22.2. um 16 Uhr.
Die gnadenlose Clownsshow (Gastspiel Theater Tiefflieger, 4-10): 23. 2. um 10.30 und 15 Uhr; 24.2. um 10.30 Uhr.
Swimmy (Gastspiel Mägdefrauentheater, von 4-9): Es spielen viele Wassertiere. Die Kinder wirken als Geräuschemacher mit. Vom 2. bis 4. März jeweils um 10.30 Uhr.
Anne Frank – verstecktes Leben: 27./28.2. und 19./20.3 jeweils um 20 Uhr.
Fliegendes Theater, Urbanstraße 100, 10967 Berlin, Tel. 692 21 00 oder www.fliegendes-theater.de

Mirakulum Puppenkomödie
Hase, Igel, Hahn und Sonne – Fabelhafte Schattenwelten (ab 4): 10. bis 29.2. jeweils Di-Do um 10 Uhr; Fr 10 und 20 Uhr; Sa 11 und 20 Uhr; So 16 Uhr.
Der große und der kleine König – Abenteuer mit dem Mannsgögäli (ab 4): 2.3. bis 14.3. jeweils Di-Do um 10 Uhr; Fr um 16 Uhr; Sa um 11 Uhr, So um 16 Uhr.
Theater Mirakulum, Brunnenstraße 35, 10115 Berlin, Tel. 449 08 20 oder www.mirakulum .de

LAG Spiel & Theater
Über ein Dutzend Wochenendwerkstätten zu spiel- und theaterpädagogischen Themen bietet die LAG Spiel & Theater 2004 an: 12./13. März: *Spielpädagogik I, II, III.* 23./24. April: *Rainer Bengs/René Zind.* 11./12. Juni. 2./3./4. April: *Improvisation, Ltg. Horst Hawemann.* 23./24./25. April: *Masken der Commedia dell'arte, Ltg. Mario Fraschetti.* 8./9. Mai: *contact-improvisations-theater,* Ltg. Tanja Hübner u. Anja Bierbaum. 29./30. Mai: *Rhythmen – Klänge – Geräuschkulissen,* Ltg. Sabine Barth. 12./13. Juni*: Theaterpäd. Arbeit mit Jugendlichen I*, Ltg. Helma Fehrmann.
LAG Spiel & Theater Berlin e.V., Fischerinsel 3. 10179 Berlin, Tel. (030) 20 45 82 - 45, Fax - 44, E-mail: info@lagstb.de, Internet: www.lagstb.de.

MATERIALIEN

LesePeter
für ein herausragendes Buch: Der Lesepeter der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) für den Monat Januar 2004 geht an das Kinderbuch Kate DiCamillo: Winn-Dixie (München: dtv 2003, 139 Seiten, 5,50 Euro, ab 10 Jahren. Ausführliche Rezension unter www.AJuM.de/LesePeter.html

AKTIVITÄTEN

Gute Töchter – Gute Söhne
Die Ausstellung „Gute Töchter – Gute Söhne. Von Missverständnissen des Zusammenlebens. Ein Projekt über interkulturelles Leben in Neukölln" ist vom 14. Februar bis 25. April 2004 in der Galerie im Körnerpark zu sehen. Das Projekt sucht mittels Ausstellung, Videoprojektionen, Workshops etc. Antworten auf die Fragen: Wie sehen kulturell bedingte Ansprüche von Eltern an ihre Kinder aus, hinsichtlich Ehre, Scham, Gehorsam, Respekt und Toleranz? Was bedeutet z.B. „Ehre" in den unterschiedlichen Kulturen? Welche Konflikte für die Jugendlichen entstehen durch die Widersprüche, mit denen sie sich in Familie, Schule und Gesellschaft auseinandersetzen? Welche Wege finden in Berlin beheimatete Jugendliche aus aller Welt, mit widersprüchlichen Erwartungen umzugehen? Inhaltliche Ergänzungen liefert das umfangreiche Rahmenprogramm: mit Filmvorführungen, Workshops und Vorträgen, interkulturellen Talkrunden zum Thema „Was ist eine gute Tochter, ein guter Sohn?" und Führungen für Schulklassen (5.-13. Klasse).
Galerie im Körnerpark, Schierker Str. 8, 12051 Berlin-Neukölln (Di – So, 11-17 Uhr). Führungen für Schulklassen: Regina Kramer, Tel. (030) 68 09 – 40 85

Gewerkschaftliche Bildung
In folgenden Seminaren sind noch Plätze frei.
Ganztagsangebote für Grundschulkinder für Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen [041-S-07], 21.02. im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
JÜL: Unterricht in heterogenen Lerngruppen (Kl. 1-3) für LehrerInnen mit Vorkenntnissen in der Wochenplanarbeit [041-S-08], 28.02. im PIZ (auch Nichtmitglieder)
JÜL: Unterricht in heterogenen Lerngruppen (Kl. 4-6) für LehrerInnen mit Vorkenntnissen in der Wochenplanarbeit [041-S-

ANZEIGE

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 7 Euro Versandkosten

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21 99 93-62

16], 27.03. im PIZ (auch Nichtmitglieder)
Pädogoginnen gestalten Vielfalt für Frauen in der GEW u. Interessierte [041-S-09], 05.-06.03. im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
Horte: Raus aus den Kitas - rein in die Schulen? für ErzieherInnen und LeiterInnen aus Kitas, 08.03. [041-S-10] und 24.03. [041-S-15] im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
Moderation von Sitzungen und Besprechungen für Vertrauensleute, FunktionsträgerInnen und Interessierte [041-S-11], 11.-12.03. im GEW-Haus
Trägerwechsel von Kindertagesstätten für ErzieherInnen und LeiterInnen aus Kitas [041-S-13], 19.-21.03. im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
Coming Out II für Lehrerinnen, Erzieherinnen und Wissenschaftlerinnen [041-S-14], 19.-21.03. in Erkner (auch Nichtmitglieder)
Das Anmelden ist ganz einfach: Karte mit Namen, Adresse, Telefon, Seminarnummer und Seminartitel an die GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.
Oder per E-Mail unter sekretariat @gew-berlin.de. oder per Telefon im Sekretariat unter 030 / 21 99 93 0.

Internationale Woche gegen Rassismus
Anlässlich des „internationalen Tages gegen Rassismus" der Vereinten Nationen am 21. März findet vom 15. bis 21. März die „Internationale Woche gegen Rassismus statt. Der Interkulturelle Rat, Gesicht Zeigen! und die Aktion Weltoffenes Deutschland regen an, dazu bundesweit Veranstaltungen durchzuführen. Informationen und Materialien erhältlich über: Interkultureller Rat in Deutschland, Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt oder www.interkultureller-rat.de

Studienreise Weißrussland
Vom 18. bis 27. Juni 2004 veranstaltet das Deutsch-Russ. Museum Karlshorst eine Studienreise nach Weißrussland (Brest, Minsk,Vitebsk). Kontakte mit der Bevölkerung in Stadt und Land, Besuch der Festung Brest, der Geburtsstadt Marc Chagalls, des Sommerhauses Ilja Repins und viele andere interessante Programmpunkte. Begrenzte Teilnehmerzahl. Reisekosten: 700 Euro incl. aller Nebenkosten. Info: Deutsch-Russ. Museum Berlin-Karlshorst . Reiseleitung Ingrid Damerow, Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin. Tel. 501 508 41, 833 41 11 oder 0172-848 23 10.

Das Labyrinth Kindermuseum in Berlin
Anfassen, ausprobieren, spielen, Neues entdecken – im Labyrinth Kindermuseum im Wedding ist all das ausdrücklich erlaubt. Es versteht sich als außerschulischer Lernort für Kinder, Familien und Pädagogen und arbeitet mit Methoden des handlungs- und erfahrungsorientier-

ANZEIGE

Natur zum Anziehen
– Edel-lässig –
Seide – Walk – Merino-Wolle
SCHWARZES SCHAF
direkt am S-Bhf. Lichterfelde Ost
Jungfernstieg 4 B · 12207 Berlin
Telefon 7 72 53 56 · Gertrud Hillmann
Mo. - Fr. 10-18, Sa. 9-13 Uhr.
!!! AUCH GROSSE GRÖSSEN !!!

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46

besser zusammen arbeiten
Supervision
für LehrerInnen und ErzieherInnen
Helmut Weigand
Dipl. Handelslehrer/Supervisor
Tel: 030-6271821
www.helmut-weigand.info

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin,
Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

ANZEIGE

Wahrnehmen
Reflektieren
Professionalisieren
Supervision / Coaching für Lehrer/innen (Einzel/Gruppe)
Dipl. Psych. U. Maischein
Kinder-Jugendl.-Psychoth/Lerntherap./Supervisorin DGSv
Tel. 8542193, Bln-Steglitz
Email: ute.maischein@t-online.de

Die Bahn DB
Einer für alle(s)

Studien- und Schulfahrten zum Pauschalpreis.
Wählen Sie Ihr nächstes „Lehrziel" in unseren Katalogen „Studien- und Schulfahrten", „Deutsche Jugendherbergen" und „Studienreisen, Schulfahrten, Jugendgruppenreisen mit dem Linienbus". Wir organisieren die komplette Reise. Von der Abfahrt bis zur Rückfahrt, inklusive Unterkunft, Verpflegung und pädagogischem Programm – kompetent, lehrreich und preisgünstig in einem Zug. Alles aus einer Hand. Alles mit der Bahn. Also: Schauen Sie doch mal rein in unsere Kataloge.

Ich möchte mehr Infos über (Zutreffendes ankreuzen):
- ❑ „Studien- und Schulfahrten 2004"
- ❑ „Deutsche Jugendherbergen 2004"
- ❑ „Studienreisen, Schulfahrten, Jugendgruppenreisen mit dem Linienbus 2004"
- ❑ „Gruppenreisen für Vereine und Verbände, Jugendgruppen 2004"

Bitte schicken Sie den/die gewünschten Katalog/e an folgende Adresse:

Privatanschrift:
Name, Vorname:
Straße, Nummer:
PLZ, Ort:

Schulanschrift:
Name der Schule:
Straße, Nummer:
PLZ, Ort: (BLZ - Berliner Lehrerzeitung)

Bestell-Coupon bitte schicken an:
DB Reise&Touristik AG
Mehrtagesschulfahrten und Jugendgruppenreisen
Postfach 1701, 76006 Karlsruhe
E-Mail: schulenjugendkarlsruhe@bahn.de.
Weitere Informationen in allen DB ReiseZentren und Reisebüros mit DB-Lizenz oder unter www.bahn.de

ten Lernens. Ziel ist es, die Gesundheit und das Selbstwertgefühl von Kindern zu fördern. Mehr als eine halbe Million große und kleine Gäste haben das Labyrinth Kindermuseum seit seiner Gründung im Jahr 1997 besucht. Herzstück sind die Schulprojekte und wechselnden interaktiven Mitmach-Ausstellungen für Kinder zwischen drei und neun Jahren. Seit 2002 gibt es auch das Fortbildungsprogramm „Labyrinth macht schlau". Das Serviceangebot „Labyrinth unterwegs" – ausleihbare Kofferversionen der laufenden Ausstellungen enthalten Anregungen und Arbeitsmaterialien für die Schulen oder Einrichtungen in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit.
Vom 2.03. bis 9.12. veranstaltet das Labyrinth Kindermuseum die Erlebnisausstellung „Unterweg nach Tutmirgut" für Kinder von 5 bis 12 Jahren zum Thema Gesundheitsförderung. Info und Kontakt: Labyrinth Kindermuseum, In der Fabrik Osloer Str. 12, 13359 Berlin, Tel. 49 30 89 01.E-Mail kontakt @kindermuseum-labyrinth.de oder www.labyrinth-kindermuseum.de

STELLENBÖRSE

Tausche Planstelle in Köln gegen Berlin Grundschule ab 01. 08.2004. Tel: 02 21/8 182 21

Erfahrene, reformpädagogisch orientierte Lehrerin (A12, Teilzeit) mit Montessori-Diplom sucht neue Aufgabe in engagiertem Team. Vorzugsweise Klasse 3-6, Schwerpunkte: Sachkunde, fächerübergreifend, projektorientiert, epochaler Unterricht von Ge/Erdk/Bio, Erfahrung in Schulgründung und Integration. Tel. 325 86 77.

ANZEIGEN

REAL-TOURS S.r.l.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2004

NEU: FLUGREISEN: (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico E 169,00 VP, 6 Tage Spanien E 204,00 HP (Info siehe Katalog S. 11)

7 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 213,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz, Ravenna.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 239,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage VP, Ausflüge: San Marino, Venedig, Ravenna, Florenz.

Freiplätze CESENATICO 2004: 16 - 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 - 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 - 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 - 60 Schüler 4 Freiplätze.

9 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 254,- HP, € 285,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge: Florenz, Pisa, Siena, San Gimignano, Marmorbrüche von Carrara.

7 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 229,- HP, € 252,- VP. Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge: Florenz, Pisa, Volterra, Siena, San Gimignano.

Bahnfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen **ab € 229,- VP** und **zur Toskana** mit Ausflügen **ab € 256,- HP**.

6 Tage Busfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 209,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona, Sterzing, Brixen und Bruneck.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Rom mit Ausflügen zum Preis von € 270,- HP, € 321,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP im Mittelklassehotel ca. 50 km von Rom. Transfer in die Stadt mit Programmvorschlägen.

9 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 280,- HP, € 306,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge: Verona, Venedig, Meran, Gardaseerundfahrt.

7 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 239,- HP, € 265,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge: Verona, Venedig, Gardaseerundfahrt.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Sorrent mit Ausflügen zum Preis von € 268,- HP, € 305,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge: Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/ Capri.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Griechenland mit HP zum Preis von € 312,-.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona - Patras, HP und Ausflüge.

7 1/2 Tage London mit Ausflügen **€ 333,- HP, 6 Tage Paris** und Ausflügen **€ 311,-HP, 6 Tage Prag** und Ausflügen **€ 220,-HP.**

10 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen **€ 250,- HP, € 260,- VP.**

8 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen **€ 224,-HP, € 234,- VP.**

INDIVIDUELL FÜR LEHRER UND BEGLEITER. Silvester nach Cesenatico **€ 276,- VP;** Silvester nach Prag **€ 375,- HP**; Ostern nach Sorrent **€ 298,- HP**; Ostern nach Cesenatico **€ 276,- VP**; Ostern Griechenland **€ 340,- HP**; Ostern Toskana **€ 386,- HP**.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2004.

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22/ 9 53 02, Telefax 0 83 22/9 53 03.

ANZEIGEN

Erholung – Bildung – Sport – Freizeit am Werbellinsee

Größte Kinder- und Jugendeinrichtung Deutschlands
mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin
ca.60 km nordöstlich von Berlin entfernt

Naturprojekt – Schule im Grünen, Kennenlernwoche. Erforsche Dich selbst und die anderen, Berufsbewerberseminar Klasse 9 und 10

***NEU*: Trekking und Kanutouring**
„die Zwei Seen Tour", „WildparkTour", Kanutour auf dem alten Finowkanal oder auf dem Werbellinsee;

Städtetour „Hauptstadt – Entdeckungen"
zwei Hauptstädte kennen lernen – Berlin und Potsdam

Module aus Sports & Fun
Grundkurse Kanu, Kuttersegeln und Klettern
Team- & Kommunikationsspiele oder Sioux & Apachen -
„Entdecke die Welt der Indianer"

Wir verfügen: Kreativwerkstätten, Naturkabinett, Internetclub, Disco, Kino, Seminarräume, Seecamp mit Grill- und Lagerfeuerplatz, Kaminraum, Natursauna, Stadion, Sporthalle, Kegelbahn, Anlagen für Tennis, Ball- und Funsportarten, Boots- und Fahrradverleih; 11 Jugendherbergshäuser à 80 Betten, 6 Sommerhäuser à 35 Betten, 1 Gästehaus mit EZ, DZ, Dreibettzimmer

EJB Werbellinsee GmbH

EUROPÄISCHE JUGENDERHOLUNGS- UND BEGEGNUNGSSTÄTTE
Joachimsthaler Straße 20, 16247 Joachimsthal
Telefon: 03 33 63/62 96/62 97 * Fax: 03 33 63/62 71
Internet: http://www.ejb-werbellinsee.de *
E-Mail: contact@ejb-werbellinsee.de

Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS GmbH

Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

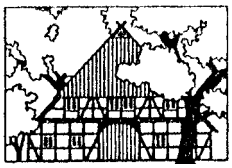
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 € für 4 Nächte incl. Programm und HP.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de
Info: www.Osterode.de



Hof Ober-Ohe
Naturpark Südheide

KLASSENFAHRTEN 2004
Auch für Familien und Kleingruppen.

Reitkurse, Ausritte, Badesee, Frei- und Hallenbäder in der Nähe, komplette Ferienwohnungen und -häuser an altem Heidehof. Bis 6. Klasse 7 Euro, sonst 9 Euro, Halbpension zzgl. 6,15 Euro. Pauschalangebote erfragen.

Im Internet: www.oberohe.de

HOF OBER-OHE, 29328 FASSBERG, TEL. 0 58 27/3 56, FAX 0 58 27/73 35

Tagungshaus in Wendland

Mit kleiner Tierhaltung, beliebt bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, weil unkompliziert im Umgang, unbeliebt als Widerstandstreff gg. Atomanlagen, max. 44 Betten, 9 €/ Nacht, Selbst-, Teil-, Vollverpflegung, Exkursionen z.B. in Elbtalaue vermittelbar.

Meuchefitzer Gasthof, 29482 Meuchefitz 19

Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76
E-Mail: gasthof@meuchefitz.de

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 215,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

Katalog 2003! - mit vielen neuen Zielen - 030-303083-6

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 Fax (030) 303083-77

KLASSENFAHRTEN

Nach Rügen

Surf- und Kanucamps im Nationalpark

Surfen lernen im größten Skirevier Deutschlands, Action, Spass, Naturerlebnisse mit Kranichen, Seeadlern, kanutouren durch die Boddenlandschaft, zur Insel Hiddensee, Gerhart Hauptmann, Ernst- Moritz Arndt, Ostseestrände, Kreidefelsen, Bäderarchitektur, und, und, und...

auf der schönsten Insel Deutschlands!

WARUM IN DIE FERNE REISEN...?

www.jugenddorf-ummanz.de
www.windsurfing-ruegen.de
Windsurfing Rügen, 18569 Ummanz, 038306/82240, info@windsurfing-ruegen.de

Sterntaler Reisen

Omnibusvermietung
Bus bis 49 Personen
Stadt- und Fernfahrten
Exkursionen
Fahrräder- und Skitransporte

Arno Filter
Walldürner Weg 9c
13587 Berlin
Tel. 3 36 49 64
Fax 3 35 51 87

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

KRETA & GRIECHENLAND

Ferienwohnungen
Tel: 07156 43 62 80 · Fax: 4 36 28 99
www.kreta-ferienwohnungen.de

Verlockende Reisen

Marokko Wanderkarawane ab 1650 €
Gomera Wandern & Relaxen
oder Träumen & Teetrinken ab 1150 €
Bei uns gibt es den Tee der Darjeeling Kampagne
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

DALLY Großauswahl vom Fachmann

100 Klaviere ab 1.800,– • Flügel 6.000,–
Keyboards 49,– • Digital-Pianos 799,–
Gitarren, Verstärker, Noten

Dally Musikhaus

Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden. Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lagerfeuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna, Platz für 34 Schüler/innen 2. -10. Klasse. Individuelle Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitstd. Mo.-Fr. 135,- Euro.

Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Holzbau • Wintergärten
Fachwerksanierungen

MAUREREI
Neubau • Umbau • Sanierung
Reparaturen • Putzarbeiten

INNENAUSBAU
Trockenbau • Einrichtungen
Badeinbau • Dachausbauten

PLANUNGSBÜRO
Planung • Statik • Bauleitung
Bauphysik • Bauökologie

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

BÄRENSTARK! DER NEUE KATALOG!

Ostern, Sommer u. Herbst

Reisen in den Schulferien 2004/2005

Z.B. Ägypten • Baltikum • Botswana/Safari • Burma • Costa Rica • Italien/Toskana/Umbrien/Rom/Kalabrien/Sizilien/Venezien • Kroatien • Laos/Kambodscha • Libyen • Namibia • Peru • Polen/Nationalpark u. Masuren • Sri Lanka • Spanien/Andalusien/Kastilien/Teneriffa • Südafrika/Nationalparks u. Gartenroute • Thailand • USA/Neuengland • Vietnam • Zypern

Lothar Kögel Studienreisen
12207 Berlin Hartmannstraße 30
Tel. 771 30 10 Fax 771 30 133

Studienreisen/Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,– Euro	Südengland	Ü 213,– Euro
Budapest	ÜF 192,– Euro	Toskana	Ü 202,– Euro
London	ÜF 254,– Euro	Südfrankreich	Ü 230,– Euro
Prag	ÜF 199,– Euro		
Paris	ÜF 224,– Euro		
Rom	ÜF 238,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorger-unterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive!

Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • E-Mail: info@rsb-krause.de

Klassenfahrten? ruf einfach den dänen an!

PRAG 4 ÜF (ohne Fahrtkosten) inkl. Stadtführung ab ..... EUR 56,-
LONDON 4 ÜF Seereise ab Cuxhafen (jeder 10.Pers. frei) ab EUR 188,-

Holsteinische Str. 14
12163 Berlin (Steglitz)
vm reisen
www.vm-reisen.de
Tel. 030 - 79 70 19 40
Fax 030 - 79 70 19 45

Last Minute

4x in Berlin

www.passat-reisen.de
Tel.: 695-8210 • Faxabruf: 695-82230

Tausende Flüge und Pauschalreisen
Dazu exclusiv bei uns und täglich neu:
8-seitige Liste mit Last-Minute Highlights.

Darlehen supergünstig *1) nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins

Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Ja! Bitte jetzt Info zusenden. Mein Wunsch: ..... €
Name: keinerlei Vermittlungskosten
Straße: Beratungskompetenz mit über 30jähriger Erfahrung
Ort: Internet: www.ak-finanz.de

Info und Sofortangebote unter Servicenummer 0800/1000 500 Zum Nulltarif!

Darlehensgeber für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefax: (06 21) 51 94 88, www.ak-finanz.de
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

GEW IM FEBRUAR/MÄRZ

10. FEB	19.00	**FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**	Raum 33
	19.30	**AG Ganztagsschule**	Raum 31
11. FEB	19.00	**Attac**	Raum 47
12. FEB	15.00	**AG Ganztagsschule**	Raum 33
	18.00	**AG Frauen**	Raum 34
16. FEB	14.00	**Landesausschuss multikult. Angelegenheiten**	Raum 34
	15.30	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 33
17. FEB	17.00	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 33
	18.00	**FG sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung**	Raum 34
	19.00	**Abtl. Berufsbildende Schulen**	Raum 33
18. FEB	10.00	**Seniorenausschuss**	Raum 33
	17.00	**Studierendenausschuss: Neuwahl**	Raum 33
19. FEB	14.00	**AG Altersversorgung**	Raum 34
	18.00	**Kita-AG**	Raum 33
20. FEB	09.00	**AG Schulanfang**	Raum 33
	19.30	**Landesausschuss Frauenpolitik**	Raum 34
24. FEB	17.00	**AG Friedenspolitik**	Raum 33
	19.00	**Schwule Lehrergruppe**	Raum 47
25. FEB	19.00	**Attac**	Raum 47
26. FEB	16.15	**WIP-Rat**	Raum 34
	18.30	**Abt. Wissenschaft**	Raum 33
27. FEB	15.00	**AG Volkshochschul-DozentInnen**	Raum 33
01. MÄRZ	15.30	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 33
	18.00	**FG Sonderpädagogik**	Raum 32
04. MÄRZ	17.00	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 33
09. MÄRZ	17.30	**AG Schwerbehinderte**	Raum 34
	19.00	**FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**	Raum 33

BILD DES MONATS

KARIKATUR: P. BALDUS

VERANSTALTUNGSHINWEISE

FACHTAGUNG VERGLEICHSARBEITEN

- Bildungsstandards als neues Steuerungsinstrument
- Stand der Planungen in Berlin und Brandenburg
- Vergleichsarbeiten – mittlerer Schulabschluss
- Arbeitsgruppen Sek I und Grundschule

am Mittwoch, dem 3. März 2004 von 9 bis 16 Uhr
im GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Teilnehmerbeitrag: 5 Euro bzw. 10 Euro. Anmeldung bis 19. Februar. Tel.: 21 99 930, eMail: Info@gew-berlin.de

RECHTSEXTREMISMUS UND ISLAMISMUS

Die GEW Friedrichshain-Kreuzberg und der Landesausschuss für multikulturelle Angelegenheiten laden ein zur Veranstaltung über extremistische Tendenzen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Vorgestellt und diskutiert wird u.a. eine Untersuchung zu diesem Thema.
26. Februar um 18.30 Uhr
in der Aula der Hector-Peterson-Oberschule, Tempelhofer Ufer 15 (U-Bhf Möckernbrücke)

FACHGRUPPE SONDERPÄDAGOGIK

Die Fachgruppe lädt zur ihrer Sitzung am
01. März um 18.00 Uhr
im GEW Haus: Unsere Schulen sollen Spitze sein – oder werden? Gezeigt wird der Film „Spitze-Schulen am Wendekreis“ von R. Kahl.

NEUWAHL DES STUDIERENDENAUSCHUSSES

auf der Mitgliederversammlung der Studierenden am
Mittwoch, 18. Februar 2004, 17 Uhr
im GEW-Haus: Wer Interesse an den Studierendenaktivitäten der GEW, der Studiensituation in Berlin und anderen Aspekten hat, kann hier einiges erfahren. Gastreferat: Peer Pasternak, ehemaliger Wissenschaftsstaatssekretär Berlin, zur Studiensituation in Berlin und zur Lage an den Hochschulen.